

Welzel, Christian; Cusack, Thomas R.

Working Paper

Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation

WZB Discussion Paper, No. FS III 99-201

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Welzel, Christian; Cusack, Thomas R. (1999) : Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation, WZB Discussion Paper, No. FS III 99-201, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/49006>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Veröffentlichung der Abteilung **Institutionen und sozialer Wandel** des
Forschungsschwerpunkts Sozialer Wandel, Institutionen und Vermittlungsprozesse
des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung

FS III 99-201

Näherung oder Richtung?
Der Theorienstreit der Wahlforschung
aus der Sicht politischer Repräsentation

Christian Welzel
und
Thomas R. Cusack

Berlin, März 1999

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin,
Telefon (030) 25 49 1-0

Das vorliegende Dokument ist die pdf-Version zu einem Discussion Paper des WZB. Obwohl es inhaltlich identisch zur Druckversion ist, können unter Umständen Verschiebungen/Abweichungen im Bereich des Layouts auftreten (z.B. bei Zeilenumbrüchen, Schriftformaten und –größen u.ä.). Diese Effekte sind softwarebedingt und entstehen bei der Erzeugung der pdf-Datei. Sie sollten daher, um allen Missverständnissen vorzubeugen, aus diesem Dokument in der folgenden Weise zitieren:

Welzel, Christian and Thomas R. Cusack: Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation.

Discussion Paper FS III 99-201 Berlin : Wissenschaftszentrum, Berlin. 1999.

URL: <http://bibliothek.wz-berlin.de/pdf/1999/iii99-201.pdf>

Abstract:

Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation

Der Beitrag diskutiert den in der Wahlforschung herrschenden Theorienstreit zwischen Näherung- und Richtungsmodellen aus der Problemperspektive politischer Repräsentation. Aus dieser Perspektive ist die zentrale Frage, wie sich die Parteien zu den ideologischen Positionen ihrer Wähleraggregate platzieren und ob diese Platzierung eher den Erwartungen des Näherung- oder des Richtungsmodells entspricht. Unsere Analysen zeigen, daß keines der beiden konträren Modelle in Reinform funktioniert. Dieselbe Modifikation bewirkt aber, daß beide Modelle mit der Realität konform gehen. Diese Modifikation berücksichtigt die ideologische Distanz zwischen den Wähleraggregaten ("Basisdistanz") in ihrer Rolle als wettbewerbsstrukturierendes Element. Die Basisdistanz bietet ein repräsentationstheoretisch adäquates Kriterium (das „Lotkriterium“), um die Grenzen politischer Repräsentationszonen aus der empirisch jeweils vorgefundenen Konstellation eindeutig bestimmen zu können.

Proximity or Direction? Reconsidering Competing Explanations of Electoral Choice from the Perspective of Political Representation

The article reconsiders the dispute between the proximity and the directional explanation of electoral choice from the perspective of political representation. This perspective raises the question of how parties place themselves towards the ideological positions of their voters and whether this self-placement confirms the proximity or the directional explanation. Our analyses demonstrate that, tested in the original form, neither the proximity nor the directional model comes to terms with reality. But the same modification improves both of the two models in a substantial way. This modification refers to the ideological distance between the major voter aggregates ("basis distance") and operationalizes this distance's role in structuring party competition. Thus, we obtain an objective criterion (the "perpendicular criterion") to specify zones of representation from an empirical constellation of ideological positions.

Näherung oder Richtung? Der Theorienstreit der Wahlforschung aus der Sicht politischer Repräsentation*

Einleitung

Seit nunmehr fast zehn Jahren hält in der Wahlforschung der Streit zwischen den Anhängern des Näherungsmodells (*proximity model*) und denen des Richtungsmodells (*directional model*) an. Es handelt sich um eine Debatte innerhalb des Paradigmas der rationalen Wahl. Die konkurrierenden Theorien geben unterschiedliche Antworten auf die gleiche Frage: Was bringt rationale Wähler dazu, eine Präferenz für eine bestimmte Partei zu entwickeln.

Dem klassischen Näherungsmodell zufolge präferieren Wähler die Partei, von der sie meinen, daß sie ihrer ideologischen Position am nächsten steht (grundlegend Downs 1957, fußend auf Hotelling 1929). Diese Annahme haben Rabinowitz und Macdonald (1989) in Frage gestellt. Sie versuchten zu zeigen, daß Wähler nicht die Partei präferieren, die ihnen ideologisch am nächsten steht, sondern diejenige, die am intensivsten ihre ideologische Richtung vertritt.

Hinter diesen Modellen stehen divergierende Annahmen über die Struktur ideologischer Positionen und deren Wahrnehmung durch die Wähler (vgl. Lewis und King 1998). Anhänger des Näherungsmodells nehmen an, daß ideologische Positionen auf Kontinuen angeordnet sind und daß die Wähler in der Lage sind, diese Anordnung kognitiv nachzuvollziehen. Die Wähler seien deshalb auch imstande, ideologische Distanzen beziehungsweise Näherungen genau einzuschätzen und zur Grundlage ihrer Wahlentscheidung zu machen. Anhänger des Richtungsmodells unterstellen dem Wähler dagegen begrenzte kognitive Kapazitäten. Für die Wähler stellten sich ideologische Positionen stets als dichotomes Für und Wider dar. Dabei hätten sie nur ein diffuses Gefühl, auf welcher Seite des Für und Wider sie selbst stehen. Um diese Richtungsneigung stimulieren zu können, müßten die Parteien prononcierte Richtungsaussagen treffen. Folglich würden sich die Wähler am besten von der Partei vertreten fühlen, die auf

* Für Anregungen und Kritik an einer früheren Fassung dieses Beitrags danken wir Thomas König und Kai-Uwe Schnapp. Besonderen Dank schulden wir Bernhard Weißels, der die vorliegende Fassung kritisch kommentiert hat. Weiterhin danken wir Sybille Frank für die Gestaltung der Schaubilder und Ilona Sperling-Meyer für die Formatierung des Textes.

ihrer Seite steht und dies durch prononcierte Richtungsaussagen am deutlichsten macht (vgl. Merrill 1994).

Macdonald, Rabinowitz und Listhaug haben in einer Serie von Artikeln das Richtungsmodell bekannt gemacht und verteidigt (jüngst Macdonald, Rabinowitz und Listhaug 1998).¹ Die von ihnen präsentierten Befunde sind allerdings heftig umstritten. Erst kürzlich hat Westholm (1997) gezeigt, daß man mit den Daten von Rabinowitz, Macdonald und Listhaug auch zu dem gegenteiligen Schluß kommen kann: der nach wie vor bestehenden Überlegenheit des Näherungsmodells. Tatsächlich hängt der Ausgang der Modellprüfung von einer Reihe methodischer Vorentscheidungen sowie von der jeweiligen Spezifikation der Modelle ab. Gerade in diesem Punkt trägt die Debatte mittlerweile sophistische Züge. Strittig ist beispielsweise eine bestimmte statistische Prozedur, die Merrill und Grofman (1997) zur Korrektur von Verzerrungen verwenden, welche angeblich des Wählers Wahrnehmung von Parteipositionen charakterisieren (vgl. Macdonald und Rabinowitz 1997). Dieser Streitpunkt resultiert aus konträren perceptionstheoretischen Annahmen. Solange der empirische Status dieser Annahmen seinerseits ungeklärt bleibt, kann der Theorienstreit - wie Lewis und King (1998) zu recht vermerken - nicht entschieden werden.

In der Problemperspektive politischer Repräsentation spielen Spekulationen über die Wählerpsychologie eine weniger gewichtige Rolle. Im Mittelpunkt steht stattdessen das Wechselverhältnis zwischen den *tatsächlichen* ideologischen Positionen der Parteien und denen ihrer jeweiligen Wählerschaften. Aus diesem Blickwinkel stellt sich die Frage, wie sich wahlpolitisch erfolgreiche Parteien zu den ideologischen Positionen ihrer jeweiligen Wählerschaften platzieren. Zu dieser Frage gibt es Befunde, die zumindest einen indirekten Bezug zur Debatte um *proximity versus directional voting* aufweisen (vgl. insbesondere die Arbeiten von Iversen 1994a, b). Bedeutend ist vor allem die Entdeckung, daß Parteieliten ideologisch wesentlich prononciertere Positionen einnehmen als ihre Wähler (vgl. Dalton 1985; Holmberg 1991; Weißels 1991; Hoffmann-Lange 1992; Evans und Whitefield 1993; Welzel 1998). Der Befund einer stärkeren ideologischen Polarisierung unter den Eliten erlaubt zwar keine definitive Entscheidung zwischen den konkurrierenden Modellen des Wählerverhaltens. Doch läßt er zumindest den Schluß zu, daß Richtungsmomente im Wechselverhältnis zwischen den ideologischen Positionen der Parteien und denen ihrer Wähler eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Am Wechselverhältnis zwischen Parteien- und Wählerpositionen sind die Wahl- und die Repräsentationsforschung gleichermaßen interessiert. Sie betonen aber verschiedene Aspekte der Beziehung. Fragt die Wahlforschung danach, für welche Partei sich individuelle Wähler entscheiden, so nimmt die Repräsentationsforschung die entgegengesetzte Perspektive ein. Sie interessiert sich dafür, wie sich die Parteien zu den ideologischen Positionen ihrer Wähler platzieren. Diesen Perspektivenwechsel gilt es konzeptuell und methodisch umzusetzen, wenn man

1 Zu den weiteren Artikeln gehören unter anderem: Listhaug, Macdonald und Rabinowitz (1990; 1991; 1994), Macdonald und Rabinowitz (1993), Macdonald, Rabinowitz und Listhaug (1995); Macdonald, Listhaug und Rabinowitz (1991); Rabinowitz, Macdonald und Listhaug (1991; 1993).

die Frage nach *proximity versus directional voting* für die Repräsentationsforschung fruchtbar machen will. Gemünzt auf die Repräsentationsforschung lautet die entscheidende Frage dann: Erringen Parteien deshalb die Stimmen ihrer Wählerschaften, weil sie sich deren ideologischer Position annähern (so die Erwartung des Näherungsmodells) oder weil sie deren Überzeugungsrichtung überzeichnen (so die Erwartung des Richtungsmodells)?

Die Untersuchung dieser Fragestellung erfordert ein Analysedesign, das sich in zweierlei Hinsicht von den Designs der Wahlforschung unterscheidet. Zum ersten: Als kollektive Akteure müssen Parteien immer auch in Stimmenkontingenten denken und sich deshalb an den Mehrheitspräferenzen der Wählerklientel orientieren, deren Stimmen sie erringen wollen. Die kollektive Akteursperspektive macht es daher erforderlich, parteienbezogene Wähleraggregate statt individuelle Wähler als Analyseeinheit zu betrachten.

Zum zweiten ist zu berücksichtigen, daß der Streit um *proximity versus directional voting* in weiten Zügen darum geführt wurde, wie die Wähler ideologische Positionen wahrnehmen und konzeptualisieren. Diese Diskussion ließ völlig beiseite, wie sich die Partieliten selber ideologisch positionieren und welchem Rational diese Positionierung folgt. Die Diskussion konnte folgerichtig auf Daten verzichten, die die Positionen der Partieliten so darstellen, wie sie tatsächlich sind.² Indes können Wählerperzeptionen alleine nicht im Zentrum der Repräsentationsforschung stehen. Vielmehr ist es aus der Repräsentationsperspektive unverzichtbar zu wissen, welche *tatsächliche* Positionierung von Parteien dazu führt, daß ihnen auch die Präferenzen von Wählerschaften zuteil werden. Es geht also um die *Systemlogik*, denen die Repräsentationsbeziehungen folgen, und darum, ob diese Systemlogik eher nach den Annahmen des Näherungs- oder des Richtungsmodells funktioniert. Diese Fragestellung erfordert einen bestimmten Datentypus. Insbesondere benötigen wir Daten, in denen Wähler und Partieliten ihre eigenen ideologischen Positionen unabhängig voneinander angeben (so auch Iversen 1994a,b).

Aus den bisherigen Überlegungen folgt, daß wir als Analyseeinheiten die ideologischen Mehrheitspositionen von Wähleraggregaten auf der Nachfrageseite und der von diesen gewählten Partieliten auf der Angebotsseite betrachten. Dabei gilt es eine zentrale Prämisse der Repräsentationsforschung zu berücksichtigen. Eliten haben nämlich nicht nur eine Vertretungsfunktion (*mirror function*), sondern auch eine Gestaltungsfunktion (*molding function*). Die Gestaltungsfunktion kommt vor allem in den politischen Fragen zum Tragen, zu denen Wähler keine a priori festliegende Position haben (vgl. Holmberg 1991). Eliten können sich in diesen Fragen weder im Sinne des Näherungs- noch des Richtungsmodells an festen Wählerpositionen orientieren, weil keine vorhanden sind. Folglich macht es nur in solchen Fragen Sinn, die konkurrierenden Modelle zu prüfen, zu denen es relativ gefestigte Wählerpositionen gibt. Diese Voraussetzung trifft auf Grundsatzfragen zu, die die Wählerschaft in ideologisch

2 Verglichen wurden stets die Angaben der Wähler über ihre eigene ideologische Position mit deren Einschätzung über die ideologische Position der Parteien.

distinkte Lager differenzieren. Wir beschränken unsere Überlegungen und Analysen deshalb auf ideologische Grundsatzfragen.

Unter dieser Prämisse untersuchen wir Positionen, die einen Bezug zum Links-Rechts Gegensatz aufweisen. Denn dieser Gegensatz ist für die ideologische Wettbewerbsstruktur aller modernen politischen Systeme konstitutiv (Fuchs und Klingemann 1990; Kitschelt 1992; Heath, Evans und Martin 1993; Evans und Whitefield 1993; Huber und Powell 1994). So findet man in aller Regel eine Zwei-Lager-Struktur vor, mit einem großen „Wählerlager“ links von der politischen Mitte, das mehrheitlich von einer sozialdemokratischen oder sozialistischen Partei vertreten wird, und einem großen Wählerlager rechts von der Mitte, das mehrheitlich von einer christdemokratischen oder konservativen Partei vertreten wird (beziehungsweise einer Listenverbindung aus mehreren solcher Parteien wie UDP und RPR in Frankreich). Im folgenden bezeichnen wir solche Viererkonstellationen, bestehend aus der stärksten Mitte-Rechts- und der stärksten Mitte-Links-Partei sowie deren beiden Wähleraggregaten, als *wahlpolitische Hauptkonstellation*. In Deutschland bilden CDU und SPD sowie die Wähleraggregate dieser beiden Parteien die wahlpolitische Hauptkonstellation.

Dieser Definition gemäß fokussieren wir unsere Argumentation auf eine Hauptkonstellation und diskutieren die Frage, ob die wahlpolitisch erfolgreichsten Parteien sich ideologisch so zu ihren Wähleraggregaten positionieren, wie es nach den Annahmen des Näherungs- oder des Richtungsmodells zu erwarten ist. Am Beispiel Deutschlands richtet sich diese Frage in erster Linie an die Positionen der SPD und der CDU. Zusätzlich sind aber auch die ideologischen Positionen der kleineren, koalitionspolitisch relevanten Parteien zu berücksichtigen. In Deutschland betrifft dies die FDP, die Bündnisgrünen und, in den östlichen Bundesländern, auch die PDS. Die Positionen dieser Parteien ergänzen das ideologische Angebot, das auch den CDU- und SPD-Wählern zur Verfügung steht. Daraus ergibt sich die Frage, ob die Nicht-Wahl dieser Parteien durch die CDU- und SPD-Wähler besser mit den Annahmen des Näherungs- oder des Richtungsmodells erklärt werden kann.

Unser Beitrag gliedert sich in drei Teile: einen theoretischen, einen methodischen und einen empirischen. Im theoretischen Teil spezifizieren wir die konkurrierenden Modelle jeweils geometrisch und mathematisch. Dabei machen wir die den Modellen implizit innewohnenden Repräsentationslogiken explizit und bestimmen aus dieser neu gewonnenen Perspektive heraus auch die Nutzenfunktionen der Modelle neu. Im methodischen Teil bestimmen wir unser Prüfdesign und beschreiben die Datenbasis. Im empirischen Teil überprüfen wir die Modelle an Hand von vier Datensätzen, die einen Vergleich der ideologischen Positionen von Wählern und Parteieliten erlauben. Es handelt sich dabei um die „Potsdamer Elitenstudie“ und die parallel dazu durchgeführte Bevölkerungsumfrage sowie um die Eliten- und Bevölkerungsbefragung in der deutschen Studie aus dem international vergleichenden Projekt „Democracy and Local Governance“.

1. Die konkurrierenden Modelle in der Theorie

1.1. Politische Repräsentation im Näherungsmodell

1.1.1 Die Repräsentationszonen im Näherungsmodell

Das Näherungsmodell geht davon aus, daß die Bürger ihre Wahlentscheidung von der ideologischen Nähe der Parteien abhängig machen. Wähler entscheiden sich demnach für die Partei, die ihren ideologischen Positionen am nächsten steht. Dies wissend, versuchen Parteien die ideologischen Positionen zu artikulieren, die von der Mehrheit der Wähler eingenommen werden. Mehrheitspositionen in der Wählerschaft sind insofern Gravitationszentren für die ideologische Positionierung der Parteien. Ist die Wählerschaft dabei in verschiedene Lager mit distinkten ideologischen Positionen differenziert, gibt es entsprechend *mehrere Gravitationszentren* in Gestalt der Mehrheitspositionen der jeweiligen Lager. In solchen Situationen ist damit zu rechnen, daß es 1) so viele relevante Parteien gibt wie ideologisch distinkte Wählerlager, und die Parteien sich 2) primär darum bemühen, die ideologische Distanz zu „ihrem“ Wählerlager zu verringern. Repräsentation funktioniert in der Logik des Näherungsmodells also in der Weise, daß die ideologischen Distanzen zwischen den Mehrheitspositionen der Parteien und deren Wähleraggregaten *minimiert* werden.

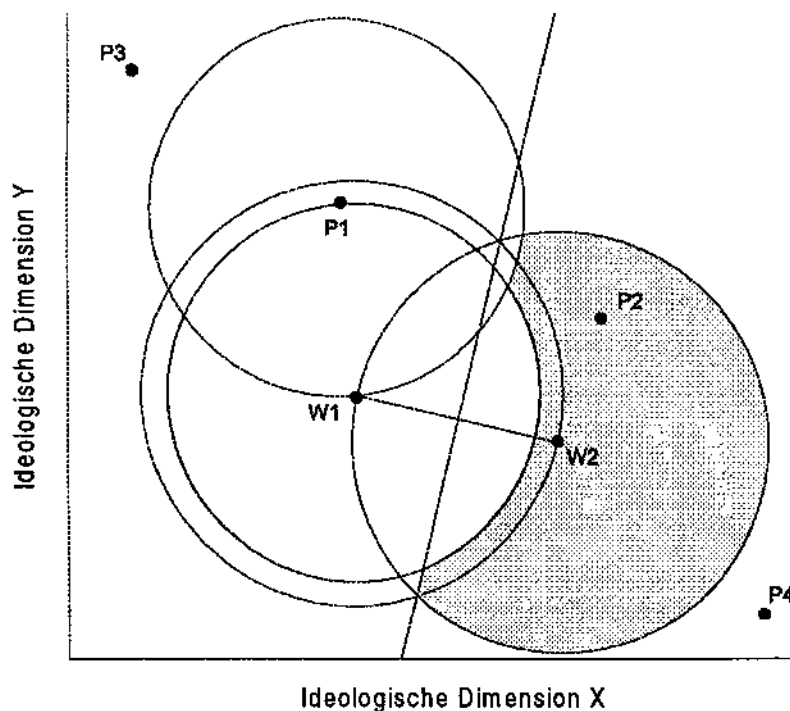
Wir wollen die weiteren Implikationen des Näherungsmodells an Hand einer gedachten Hauptkonstellation diskutieren. Wir nehmen dazu die Existenz zweier ideologisch distinkter Wähleraggregate (W1 und W2) an. Wir nehmen darüber hinaus die Existenz von vier Parteien (P1 bis P4) an, die um die Stimmen der Wähleraggregate konkurrieren. Dabei sollen P1 und P2 die Parteien sein, denen es gelingt, die Stimmen von W1 und W2 zu erringen. Um eine geometrische Darstellung zu ermöglichen, gehen wir davon aus, daß sich die ideologischen Positionen der Parteien und der Wähleraggregate in zwei Dimensionen (x und y) ausrichten. Die in Abbildung 1 zwischen W1 und W2 verlaufende Linie markiert dann die in der Wählerschaft bestehende ideologische Spannungslinie (hinfür: *Basisdistanz*), an der sich der Parteienwettbewerb ausrichten wird. Geschieht dies nach den Vorstellungen des Näherungsmodells, so müßte P1 die Distanz zu W1 und P2 die Distanz zu W2 minimieren. Folglich würde das Näherungsmodell die wahlpolitische Realität dann adäquat beschreiben, wenn die geringsten ideologischen Distanzen zwischen den Parteien und ihren Wähleraggregaten bestehen. Wir bezeichnen diese Distanzen im folgenden als *Repräsentationsdistanzen*.

Der Logik des Näherungsmodells zufolge ist die *Minimierung der Repräsentationsdistanzen* das bestimmende Moment in der wechselseitigen Relationierung von Parteien- und Wählerpositionen. Aus dieser zentralen Bedingung lassen sich in eindeutiger Weise die Zonen bestimmen, in denen sich P1 und P2 aufhalten müssen, wenn sie die Stimmen von W1 und W2 nach der Logik des Näherungsmodells erringen sollten. Die Grenzen dieser

Repräsentationszonen ergeben sich aus der *Relation* der verschiedenen ideologischen Distanzen zueinander. In unserer Konstellation gibt es sechs solcher ideologischer Distanzen, nämlich die *Basisdistanz* $W1W2$, die *Repräsentationsdistanzen* $W1P1$ und $W2P2$, die *Überkreuzdistanzen* $W2P1$ und $W1P2$ sowie die *Parteiendistanz* $P1P2$. Sollten die Parteien die Stimmen der Wähler tatsächlich dadurch erringen, daß sie die ideologische Distanz zu ihnen minimieren, und sollten es in unserem Falle $P1$ und $P2$ sein, denen dies gelingt, so müßten die Repräsentationsdistanzen $W1P1$ und $W2P2$ kürzer als alle anderen Distanzen sein. Wir zerlegen diese Generalbedingung in vier Teilbedingungen, die wir mit folgenden Formeln beschreiben:

1. $\overline{W1P1} < \overline{W1W2} \cap \overline{W2P2} < \overline{W1W2}$ (Repräsentations- kleiner Basisdistanz)
2. $\overline{W1P1} < \overline{W1P2} \cap \overline{W2P2} < \overline{W2P1}$ (Repräsentations- kleiner Überkreuzdistanz 1)
3. $\overline{W1P1} < \overline{W2P1} \cap \overline{W2P2} < \overline{W1P2}$ (Repräsentations- kleiner Überkreuzdistanz 2)
4. $\overline{W1P1} < \overline{P1P2} \cap \overline{W2P2} < \overline{P1P2}$ (Repräsentations- kleiner Parteiendistanz)

Abbildung 1: Das Näherungsmodell



Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen vier Teilbedingungen für die Darstellung in Abbildung 1? Wenn die Repräsentationsdistanzen am kürzesten sein sollen, dann müssen sie auch kürzer sein als die Basisdistanz. Genau das besagt die erste Teilbedingung. Sie wird gra-

fisch durch die um $W1$ und $W2$ jeweils im Radius $W1W2$ gezogenen Kreise dargestellt. Die Bedingung bleibt solange erfüllt, wie $P1$ in dem um $W1$ und $P2$ in dem um $W2$ gezogenen Kreis liegen.

Die zweite Teilbedingung sagt aus, daß die Parteien ihren eigenen Wählern ideologisch näher stehen sollten als den Wählern der Konkurrenzpartei. Grafisch ist diese Bedingung durch das auf die Mitte der Basisdistanz gefällte Lot dargestellt. Die Bedingung bleibt solange erfüllt, wie $P1$ links und $P2$ rechts des Lotes liegen.

Der dritten Teilbedingung zufolge liegt eine Partei näher zu ihrem eigenen Wähleraggregat als die Konkurrenzpartei zu diesem Aggregat liegt. Grafisch ist diese Bedingung nicht verallgemeinernd, sondern nur exemplarisch darstellbar, weil entweder $P1$ oder $P2$ in seiner Position festliegen muß, um bestimmen zu können, wo die andere Partei liegen darf. Liegt $P1$ so wie in Abbildung 1, muß $P2$ außerhalb des kleineren der beiden um $W1$ gezogenen Kreise bleiben. Dieser Kreis hat nämlich den Radius der Distanz $W1P1$. Läge die Partei $P2$ innerhalb dieses Kreises, stünde sie zugleich näher zu $W1$ als $P1$ zu $W1$ steht, was eine Verletzung der dritten Teilbedingung bedeuten würde.

Die vierte Teilbedingung besagt, daß die Repräsentationsdistanzen kleiner sind als die Distanz zwischen den konkurrierenden Parteien. Auch diese Bedingung ist nur exemplarisch darstellbar. Wenn $P1$ so liegt wie in Abbildung 1, dann bleibt die vierte Teilbedingung solange erfüllt, wie sich $P2$ außerhalb des um $P1$ gezogenen Kreises befindet. Dieser Kreis hat nämlich den Radius der Strecke $W1P1$. Alle vier Teilbedingungen werden von der Partei $P2$ erfüllt, wenn sie sich in der grau schraffierten Zone von Abbildung 1 aufhält.

1.1.2 Die Nutzenfunktion des Näherungsmodells

An Hand von Repräsentationszonen alleine läßt sich nicht entscheiden, ob das Näherungsmodell eine angemessene Beschreibung der Realität bietet. Man kann lediglich kategorisch feststellen, ob Parteien innerhalb oder außerhalb der Repräsentationszonen ihrer Wähleraggregate liegen. Es muß aber auch eine relative Aussage über die Angemessenheit des Näherungsmodells möglich sein, wenn entweder keine oder mehrere der konkurrierenden Parteien in den Repräsentationszonen liegen. Für die Beurteilung solcher Konstellationen benötigen wir eine Spezifizierung des Näherungsmodells, die eine stetige Berechnung des Näherungsnutzens erlaubt.

Der zentralen Annahme des Näherungsmodells zufolge ist die Minimierung der Repräsentationsdistanzen das bestimmende Moment in der wechselseitigen Relationierung von Parteien- und Wählerpositionen. Daraus folgt, daß die Repräsentationsdistanzen im Verhältnis zur Basisdistanz, zu den Überkreuzdistanzen und zur Parteiendistanz minimiert werden. Nach dieser Logik steigt der kollektive Nutzen eines Wähleraggregats W_i zur Wahl einer Partei P_i , je geringer die Distanz W_iP_i (Repräsentationsdistanz) im Verhältnis zu den

Distanzen $W_i W_j$ (Basisdistanz), $W_i P_j$, $W_j P_i$ (Überkreuzdistanzen) und $P_i P_j$ (Parteiendistanz) wird. Gehen wir davon aus, daß die Repräsentationsdistanzen nicht Null werden, so kann der Näherungsnutzen als ein Quotient geschrieben werden, in dessen Nenner die Repräsentationsdistanz $W_i P_i$ und in dessen Zähler der Durchschnitt der anderen vier Distanzen steht. Wir addieren diese Distanzen über die Dimensionen, auf denen sie gemessen werden.³ Unsere Formel für den Näherungsnutzen lautet also:

$$NN_{W_i} = \sum_{k=1}^n \frac{(|W_{i_k} - W_{j_k}| + |W_{i_k} - P_{j_k}| + |W_{j_k} - P_{i_k}| + |P_{i_k} - P_{j_k}|) / 4}{|W_{i_k} - P_{i_k}|}$$

- NN: Näherungsnutzen
W: Wählergruppe
P: Partei
i, j: Wähler-Parteien-Verbindungen
n: ideologische Dimensionen
k: k-te Dimension

Diese Formel beschreibt die Relationierung von Parteien- und Wählerpositionen als ein Wechselspiel von Anziehungs- und Abstoßungskräften. Gäbe es nämlich nicht den Relationsterm im Zähler des Quotienten, hinge der Näherungsnutzen der Wähler allein von der Repräsentationsdistanz $W_i P_i$ ab. Der Relationsterm bewirkt jedoch, daß der Näherungsnutzen auch dann mit der Lage von P_i variiert, wenn dabei die Repräsentationsdistanz *konstant* bleibt. So steigt bei konstanter Repräsentationsdistanz der Näherungsnutzen, je weiter P_i von der Konkurrenzpartei P_j und den Konkurrenzwählern W_j entfernt ist. Konstellationen, in denen sich die Parteien weiter außen von ihren Wählern platzieren, bieten daher größere Näherungsnutzen als Konstellationen, in denen die Parteien sich nach innen orientieren. Insoweit favorisiert unser Näherungsmodell Polarisierungseffekte, wie man sie auch nach dem Richtungsmodell erwarten würde.

3 Somit basiert unser Näherungsmodell auf *city-block*-Distanzen. Alternativ könnte man die Formel als Euklidische Distanz schreiben, Die Vorzüge einer Formulierung durch *city-block*-Distanzen diskutiert Westholm (1997), Für das von uns verwendete Prüfdesign ist es ohne Belang, ob wir die Näherungslogik im *city-block-Modus* oder euklidisch formulieren.

1.2 Politische Repräsentation im Richtungsmodell

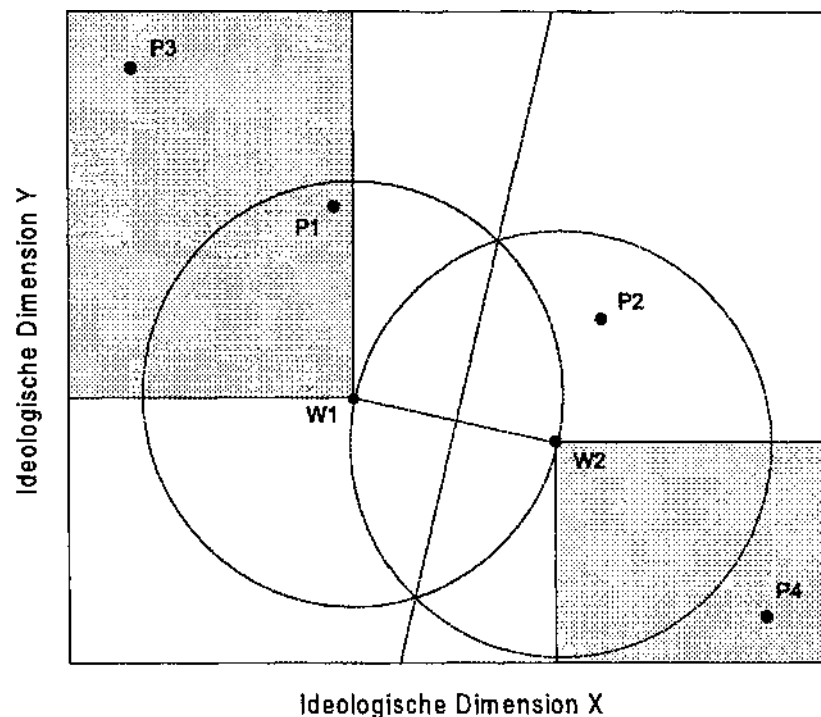
1.2.1 Die Repräsentationszonen im Richtungsmodell

Das Näherungsmodell basiert auf der anspruchsvollen Annahme, daß Wähler und Parteien die ideologischen Positionen der Akteure kennen und ideologische Distanzen genau einschätzen können. Das Richtungsmodell geht hingegen davon aus, daß die Informationen über die ideologischen Positionen unvollständig sind und ideologische Distanzen nicht genau eingeschätzt werden können. Die Wähler hätten lediglich ein diffuses Gefühl für die ideologische Richtung ihrer Position. Für die Parteipräferenz der Wähler sei deshalb nicht die ideologische Distanz zu den Parteien entscheidend. Statt dessen käme es darauf an, ob eine Partei in die gleiche ideologische Richtung tendiert wie die Wähler. Die Wähler werden sich um so besser vertreten fühlen, je prononcierter eine Partei ihre Neigungsrichtung anspricht.

Was bedeutet das für unser Modell, wenn die Akteure so liegen wie in Abbildung 2? Auch im Richtungsmodell kann man davon ausgehen, daß die Basisdistanz zwischen den Wähleraggregaten W1 und W2 den gesellschaftlichen Interessenkonflikt darstellt, an dem sich der Parteienwettbewerb hauptsächlich ausrichtet. Dabei können W1 und W2 zwar nicht genau ihre Distanz zueinander einschätzen; sie wissen aber, in welcher ideologischen Richtung sie voneinander abweichen. In Abbildung 2 liegt W1 links und oberhalb von W2, beziehungsweise W2 liegt rechts und unterhalb von W1. Nach dem Richtungsmodell werden sich Angehörige des Wähleraggregats W1 daher von Parteien vertreten fühlen, die ihre Richtungsabweichung von W2 verstärken. Chancen, das Stimmenkontingent des Wähleraggregats W1 auszuschöpfen, haben demnach Parteien, die sich links und oberhalb von W1 positionieren. Die Repräsentationszone von W1 entspricht also dem Rechteck, das die Zone links und oberhalb von W1 umgrenzt. Analoges gilt für W2. Hier umgrenzt die rechteckige Repräsentationszone den Bereich rechts und unterhalb von W2.

Im Richtungsmodell liegt die Partei P2, die sich im Näherungsmodell noch innerhalb der Repräsentationszone von W2 befindet, nunmehr außerhalb. Nach dem Richtungsmodell wird sich W2 nicht für P2, sondern für P4 entscheiden. Im Falle von W1 liegen sowohl P1 als auch P3 in der Repräsentationszone. Um bestimmen zu können, welche unter mehreren Parteien in ihrer Repräsentationszone die Angehörigen des Wähleraggregats W1 präferieren, benötigen wir eine Nutzenfunktion, aus der sich der Richtungsnutzen stetig berechnen läßt.

Abbildung 2: Das Richtungsmodell



Formal lassen sich die Begrenzungen der Repräsentationszone nach dem Richtungsmodell wie folgt beschreiben:

wenn $W1(x) < W2(x) \cap W1(y) > W2(y)$

$\Rightarrow [P1(x) < W1(x) \cap (P1(y) > W1(y))] \cap [P2(x) > W2(x) \cap P2(y) < W2(y)]$

Bedingung für P1

Bedingung für P2

1.2.2 Die Nutzenfunktion im Richtungsmodell

Auch im Richtungsmodell läßt sich der Nutzen der Wähler kontinuierlich beschreiben. Er steigt, je stärker eine Partei die Richtung eines Wähleraggregats vertritt. Das erreicht sie, je weiter sie sich *innerhalb* der Repräsentationszone von der Mehrheitsposition des Wähleraggregats entfernt. Verläßt die Partei aber die Repräsentationszone, so schwenkt sie in eine von den Angehörigen des Wähleraggregats nicht getragene ideologische Richtung. Das Vorzeichen des Richtungsnutzens schlägt dann vom Positiven ins Negative um.

Zu beachten ist, daß die Richtungsabweichung eines Wähleraggregats in einer Dimension stärker ausfallen kann als in einer anderen. In Abbildung 2 beispielsweise weichen W1 und W2 in der x-Dimension stärker voneinander ab als in der y-Dimension. Dies hat Konsequenzen für den Richtungsnutzen. Wenn nämlich zwei oder mehr Parteien innerhalb der Repräsentations-

zone von W1 die gleiche Entfernung zu W1 aufweisen, dann bildet die Partei die Richtungsabweichung von W1 am besten ab, die in der x-Dimension am stärksten von W1 abweicht. Der Richtungsnutzen bestimmt sich also nicht nur nach der *Entfernung*, sondern auch nach der *Proportionalität* der Entfernung in den Dimensionen. In der Nutzenfunktion ist dieser Sachverhalt durch einen Proportionalitätsterm zu berücksichtigen. Die Formel für den Richtungsnutzen muß folglich einen Distanzterm und einen Proportionalitätsterm enthalten:

$$RN_{w_i} = \sum_{k=1}^n \text{+/- } |W_{i_k} - P_{i_k}| * \frac{|W_{i_k} - W_{j_k}|}{\sum_{k=1}^n |W_{i_k} - W_{j_k}|}$$

Distanzterm Proportionalterm

RN: Richtungsnutzen
W: Wählergruppe
P: Partei
i, j: Wähler-Parteien-Verbindungen
n: ideologische Dimensionen
k: k-te Dimension

Das in die Gleichung eingesetzte +/- Zeichen soll ausdrücken, daß der Distanzterm positiv ist, wenn Pi sich auf der richtigen Seite von Wi befindet, und negativ, wenn Pi auf der falschen Seite von Wi liegt. Gibt es nur eine ideologische Dimension, über die Distanzen zu messen sind, hat der Proportionalterm den Wert 1.⁴

Die geometrische Darstellung in Abbildung 2 macht bereits deutlich, daß sich die Repräsentationszonen des Näherungs- und des Richtungsmodells nicht gänzlich ausschließen. Vielmehr besteht eine Schnittmenge zwischen den um W1 und W2 gezogenen Kreisen und den Rechtecken. Die Schnittmenge macht jeweils genau einen Viertelkreis aus. Befänden sich P11 und P2 in diesen Schnittmengen, so wäre die Konstellation sowohl mit dem Näherungs- als auch mit dem Richtungsmodell vereinbar.⁵ Vor diesem Hintergrund müssen wir unser Prüfdesign auf Konstellationen einrichten, die nicht von vornherein eindeutig sind.

4 Man könnte in die Gleichung noch eine Unbekannte oder Konstante einfügen, die in der Richtungstheorie als *border of acceptance* bekannt ist. Das zugrundeliegende Theorem besagt, daß zwar der Richtungsnutzen der Wähler mit der Entfernung steigt, jedoch auch innerhalb der Repräsentationszone nur bis zu einer gewissen Grenze, welche die *region of acceptance* markiert. Überschreiten Parteien diese Grenze, werden sie mit einem Extremismusfaktor sanktioniert, der den Richtungsnutzen entsprechend der Entfernung von der Akzeptanzgrenze vermindert. Aus der Logik der Richtungstheorie ergibt sich jedoch kein zwingender Anhaltspunkt über die Lage der *border of acceptance*. Eine Festlegung als Konstante wäre deshalb willkürlich. Hieraus zu folgern, daß die Akzeptanzgrenze als Unbekannte in die Gleichung einzuführen wäre, ist aber ebenfalls keine Lösung des Testproblems. Denn auf diese Weise immunisiert man das Richtungsmodell gegen Falsifikationsversuche. Unsere Analysen werden im übrigen zeigen, daß man die *border of acceptance* gar nicht braucht, um dem Richtungsmodell gerecht zu werden.

5 Maximale Übereinstimmung zwischen den Modellen bestünde dann, wenn die Grenze der Repräsentationszone nach dem Näherungsmodell mit der *border of acceptance* nach dem Richtungsmodell zusammenfielen.

2. Untersuchungsanlage

2.1 Prüfdesign

Die beschriebenen Modelle können auf zweierlei Weise an der Realität geprüft werden. Zum einen läßt sich prüfen, ob die Parteien innerhalb oder außerhalb der Repräsentationszonen ihrer Wähleraggregate liegen. Zum zweiten kann man testen, ob die Nutzenbeträge, die sich für die tatsächliche Parteipräferenz der Wähleraggregate errechnen, größer sind als die errechneten Beträge für jede andere Parteipräferenz. Stimmt die Realität mit nur einem der beiden Modelle überein, so ist dieses natürlich als das überlegene ausgewiesen. Die Prüfergebnisse können aber auch zweideutig sein. Die präferierten Parteien können beispielsweise in keiner oder in beiden der von den Modellen vorgegebenen Repräsentationszonen liegen. Ebenso ist es denkbar, daß die errechneten Nutzenbeträge für die tatsächlichen Parteipräferenzen *kleiner* sind als die für die hypothetischen Parteipräferenzen errechneten Beträge, und zwar sowohl nach Berechnung des Näherungs- als auch des Richtungsnutzens.

Zweideutige Resultate würden zu Variationen der „reinen“ Modelle einladen. Es wäre dann nach der Verknüpfung von Elementen zu suchen, die die Realität am besten abbildet. Die Widersprüchlichkeit der von der Wahlforschung berichteten Befunde bestärkt uns in der Erwartung, auch in einem repräsentationstheoretischen Design zweideutige Resultate zu erzielen. Wir reflektieren deshalb schon jetzt über mögliche Verknüpfungen zwischen den Modellen.

Verknüpfungen lassen sich herstellen, indem man in das Näherungsmodell ein Richtungs- und in das Richtungsmodell ein Näherungselement einbaut. Für beide Möglichkeiten können wir die Lage des durch den Mittelpunkt der Basisdistanz gefällten Lotes als Kriterium benutzen. Im zweidimensionalen ideologischen Raum läßt sich nämlich an Hand des Lotes sagen, ob sich die Parteien auf der gleichen ideologischen Seite befinden wie ihre Wähleraggregate. Solange eine Partei auf der gleichen Seite des Lotes liegt wie ihr Wähleraggregat, steht sie diesem automatisch auch ideologisch näher als dem Wähleraggregat der konkurrierenden Partei. Dieses Prinzip sei im folgenden als *Lotkriterium* bezeichnet.

Wir können das Lotkriterium in der Formel für den Näherungsnutzen berücksichtigen, indem wir einen Vorzeichenwechsel spezifizieren, der sich nach der Lage der Parteien zum Lot richtet. Konkret gesagt soll das Vorzeichen des Nutzenbetrages vom Positiven ins Negative umschlagen, sobald eine Partei auf der anderen Seite des Lotes liegt als ihre Wähler. Da Vorzeichenwechsel prinzipiell in die Logik des Richtungsmodells gehören, bereichern wir das Näherungsmodell auf diese Weise um ein Richtungselement an. Dieser Modifikation zufolge bestimmt sich der Nutzen, den ein Wähleraggregat von einer Parteipräferenz hat, aus der Lotseite der entsprechenden Partei *und* ihrer räumlichen Nähe zum Wähleraggregat. Ceteris paribus können Parteien gleicher räumlicher Nähe einem Wähleraggregat unterschiedliche Nutzen bieten, wenn sie auf unterschiedlichen Lotseiten liegen. Und Parteien, die sich auf der gleichen Lotseite befinden, können unterschiedliche Nutzen bieten,

wenn sie unterschiedlich nahe zum Wähleraggregat liegen.

Andererseits können wir auch den im ursprünglichen Richtungsmodell vorgesehenen Vorzeichenwechsel auf das Lotkriterium umstellen. Der Vorzeichenwechsel funktioniert dann genau so wie in der Modifikation des Näherungsmodells. Es bleibt aber der prinzipielle Unterschied bestehen, daß im modifizierten Richtungsmodell nicht die räumliche Nähe, sondern die Entfernung den Nutzen steigert. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß das Lot seinerseits als eine Näherungsbedingung zu beschreiben ist, denn es markiert die Trennung der beiden Bereiche, in denen P1 stets näher an W1 als an W2 und P2 näher an W2 als an W1 liegen (vgl. die zweite Teilbedingung in Abschnitt 1.1). Folglich führen wir mit der Berücksichtigung des Lotkriteriums automatisch auch ein Näherungselement in das Richtungsmodell ein.

Zusammenfassend gesagt stellt das Lotkriterium eine Synthese der alternativen Modell-Logiken dar, weil es ein Element der Richtungslogik, nämlich den Vorzeichenwechsel, mit einem Element der Näherungslogik vereint, nämlich der Näherungsbedingung, die den Lotverlauf konstituiert.⁶

Das Lotkriterium bietet Möglichkeiten der Modellvariation, die den Logiken der beiden konkurrierenden Modelle implizit sind. Daneben gibt es noch eine Variationsmöglichkeit, die außerhalb der Modell-Logiken liegt, aber mit diesen verknüpft werden kann. Diese Möglichkeit besteht darin, die Nutzererträge aus der Wahl kleinerer Parteien um einen Proportionalitätsfaktor zu verringern, der dem Größenverhältnis der kleineren Parteien zu den Parteien der Hauptkonstellation entspricht. Diese Variation läßt sich mit der Wert-Erwartungs-Theorie begründen (vgl. Opp 1986). Ihr zufolge steigt der Nutzerertrag einer Handlung, hier: der Wahl einer bestimmten Partei, nicht nur mit der Stärke der Präferenz für diese Partei (in Näherungs- oder Richtungslogik), sondern auch mit der Erwartung, daß die Partei diese Präferenz auch durchzusetzen vermag. Letzteres hängt zwar nicht allein, aber doch maßgeblich, von der erwarteten Mandatsstärke dieser Partei ab. Und es ist plausibel anzunehmen, daß sich dieser Erwartungsspielraum um die durchschnittliche Größenordnung einer Partei herum bewegt. Gehen wir davon aus, daß die Größenordnung der kleineren Parteien (FDP und Bündnisgrüne) in der Regel zwischen 4 und 8 Prozent und die der beiden großen Parteien (CDU und SPD) zwischen 35 und 45 Prozent schwankt, so erringen die kleinen Parteien selten mehr als ein Viertel der Stimmenanteile der großen Parteien. Im Modell kann man diesem Sachverhalt dadurch Rechnung tragen, daß man die für die Wahl der kleineren Parteien errechneten Nut-

6 Der Verlauf des Lotes (im eindimensionalen Gefüge ein Scheidepunkt, im dreidimensionalen eine Trennfläche) ist mathematisch stets exakt bestimmbar, wenn die ideologische Position von W1 und W2 bekannt ist. Die Steigung des Lotes entspricht dann nämlich dem Quotienten $W2(x) / W1(x)$ wenn $W2(x)$ größer $W1(x)$, ansonsten $W1(x) / W2(x)$. Der Schnittpunkt mit der y-Achse ist ebenfalls exakt bestimmbar. Folglich ist auch eindeutig bestimmbar, ob P1/P2 auf der richtigen oder falschen Seite liegen.

zenbeträge mit dem Proportionalitätsfaktor 0,25 multipliziert und somit um das proportionale Verhältnis zu den großen Parteien verringert.⁷

In der empirischen Prüfung werden wir zunächst mit den *reinen* Näherungs- und Richtungsmodellen operieren und diese dann sukzessive um das Lotkriterium, den Proportionalitätsfaktor und schließlich beides anreichern. Daraus ergeben sich je vier Variationen des Näherungs- und des Richtungsmodells.

2.2 Datenbasis

Die Prüfung der diskutierten Modelle erfordert Daten, die einen zweidimensionalen Vergleich von Politiker- und Wählerpositionen erlauben. Hierzu verwenden wir zum einen die „Potsdamer Studie 1995“, bestehend aus einer Befragung der nationalen bundesdeutschen Eliten und einer parallel dazu geschalteten Repräsentativbefragung der Bevölkerung, und zum anderen den deutschen Teil der Studie „Democracy and Local Governance“, in der kommunale Eliten und Wähler befragt wurden. Die Feldzeit beider Studien lag im Jahr 1995.⁸

Die Potsdamer Elitenstudie ist eine Befragung von 2341 nationalen Eliten, die eine 58-prozentige Ausschöpfung eines sektoral quotierten Sets höchster Positionsinhaber in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen darstellen. Aus theoretisch naheliegenden Gründen beschränkt sich unsere Analyse auf die Eliten des Bereichs Politik. In der Legislative gehören hierzu positionell herausgehobene Bundes- und Landesparlamentarier (u.a. Vorsitzende der Bundestagsausschüsse und Stellvertreter, Bundesbeauftragte und Fraktionsvorstände; für die Landtage die Fraktionsvorsitzenden, deren Stellvertreter und die Parlamentarischen Geschäftsführer). Im exekutiven Bereich wurden als politische Elite Kabinettsmitglieder und Parlamentarische Staatssekretäre auf Bundes- und Landesebene erfaßt. Zusätzlich wurden die Bundesvorsitzenden nebst Stellvertretern sowie die Generalsekretäre beziehungsweise Bundesgeschäftsführer der im Bundestag vertretenen Parteien und die Landesvorsitzenden (plus Stellvertreter) der in den Länderparlamenten vertretenen Parteien im Sektor Politik erfaßt. Aus der Bruttogesamtheit von 919 Positionen im Sektor Politik wurden 499 Interviews realisiert. Die zur Elitenstudie parallel geschaltete Bevölkerungsumfrage umfaßt ein *random sample* von 2995 Personen, darunter eine überquotierte Teilstichprobe von 1029 Befragten aus den neuen Bundesländern.

Im deutschen Teil der Studie „Democracy and Local Governance“ wurde zunächst aus der Grundgesamtheit aller Kommunen, deren Einwohnerzahl zwischen 25 und 250 Tausend liegt,

7 Einen weiteren Anhaltspunkt dafür, daß der Wert 0,25 einen angemessenen Proportionalitätsfaktor für die Stärke der beiden kleinen Koalitionspartner darstellt, liefern die Analysen von Klingemann, Hofferbert und Budge (1994). Aus ihrem *ideology model* (Tabelle A11.3, 296) läßt sich nämlich ein proportionaler Einfluß der FDP-Wahlprogramme auf die Regierungserklärungen der christlich-liberalen Koalition von 0,26 errechnen. Ähnlich groß mag der Einfluß der Bündnisgrünen in rot-grünen Koalitionen sein.

8 Eine Beschreibung der Potsdamer Studie findet sich in Machatzke (1997). Das Projekt „Democracy and Local Governance“ ist beschrieben in Cusack und Weißels (1996).

eine Zufallsauswahl von 40 westdeutschen und 37 ostdeutschen Kommunen gezogen. In diesen Kommunen wurden 1231 politische Eliten befragt, was einer 53-prozentigen Ausschöpfung des Positionensets entspricht. Das Positionenset setzt sich aus folgenden Kategorien zusammen: 1) Wahlbeamte wie Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadtdirektoren, Beigeordnete und Dezernenten (maximal vier pro Kommune), 2) lokale Parteivorstände (maximal fünf pro Kommune), 3) Fraktionsvorsitzende in den Kommunalparlamenten (maximal fünf), 4) sonstige Mitglieder der Kommunalparlamente (mindestens zehn), und 5) Amtsleiter (maximal sechs). Zusätzlich wurde eine repräsentative Zufallsauswahl von 2400 Bürgern befragt, und zwar aus je 15 der west- und ostdeutschen Gemeinden, in denen auch Eliten befragt wurden.

3. Ergebnisse

3.1 Der Einstellungsraum

Um unserer geometrischen Modelldarstellung in den Abbildungen 1 und 2 gerecht zu werden, bilden wir die ideologischen Positionen von Parteiwählern und Parteieliten über zwei Dimensionen ab. Voraussetzung hierzu ist die Existenz zweier politischer Konfliktdimensionen, die auf voneinander unabhängigen Fragen fußen. Diese Fragen sollten in ihrer Bedeutung so generell sein, daß sie über den Horizont der aktuellen Tagespolitik hinausweisen und einen inhaltlichen Aspekt der für die politische Lagerbildung konstitutiven Links-Rechts Differenzierung abbilden. Nach Welzel (1997; 1998) basiert die Links-Rechts Differenzierung inhaltlich vor allem auf zwei Konfliktlinien: einem auf die *outputs* gerichteten Konflikt um die *Zielausrichtung der Staatstätigkeit* (zielbezogene Konfliktdimension) und einem auf die *inputs* gerichteten Konflikt um die *Form des demokratischen Verfahrens* (formbezogene Konfliktdimension).

Diese Dimensionen lassen sich mit zwei Fragen der Potsdamer Studien darstellen. Zum einen sollten die Befragten ihre Einschätzung der Wichtigkeit von verschiedenen Staatszielen auf einer Skala von 1 (ganz unwichtig) bis 7 (sehr wichtig) ausdrücken. Faktorenanalytisch ist hierbei eine Polarität zwischen der Betonung sozialer und ökologischer Politikziele und der Betonung neo-liberaler Politikziele nachweisbar.⁹ Die sozial-ökologische Zielvorstellung wird durch die Aussagen „den Sozialstaat sichern“ und „den Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen verstärken“ repräsentiert. Die neo-liberale Zielvorstellung ist durch die Aussagen „die Staatsverschuldung abbauen“ und „die Kriminalität wirksamer bekämpfen“ vertreten. In der *zielbezogenen* Konfliktdimension liegt die sozial-ökologische Vorstellung auf dem negativen und die neo-liberale Vorstellung auf dem positiven Pol.

9 Aus Platzgründen verzichten wir auf die Dokumentation der Faktorenanalysen. Auf Nachfrage senden wir diese aber gerne zu.

Zum anderen waren die Befragten aufgefordert, eine Reihe von Aussagen über demokratische Verfahren zu bewerten (stimme voll zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu). Hierbei kristallisierte sich eine Polarität zwischen einer *restriktiven* (elitebasierten) und einer *expansiven* (partizipativen) Demokratievorstellung heraus. Die restriktive Vorstellung steckt in den Aussagen „Demokratie ist auf Dauer nur möglich, wenn sich eine starke politische Führung über alle Gruppeninteressen hinweg setzt“ sowie „die politische Mitwirkung der Bevölkerung sollte sich auf die Teilnahme an Wahlen beschränken“. Die expansive Vorstellung kommt in folgenden Aussagen zum Ausdruck: „die Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden ist eine notwendige Ergänzung der repräsentativen Demokratie“ und „Demokratie sollte nicht auf den politischen Bereich beschränkt bleiben, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen realisiert werden“. In der *formbezogenen* Konfliktdimension bildet die restriktive Demokratievorstellung den negativen Pol und die expansive Vorstellung den positiven Pol.

Aufgrund anderer Frageformulierungen ist die Operationalisierung der ziel- und formbezogenen Konfliktdimensionen für die kommunale Ebene nur bedingt mit der nationalen Ebene vergleichbar. Die Aussagen, zu denen die Befragten ihre Zustimmung äußern sollten, sind bewußt „populärer“ formuliert als die Formulierungen in der Postdamer Studie. Als theoretische Grundlage diente hier Kitscheits (1992) Konzept politischer Konfliktlinien, welches sich auch faktorenanalytisch reproduzieren läßt. Entsprechend fördert die Analyse zwei Faktoren zu Tage. Der erste Faktor bildet die zielbezogene Konfliktdimension *Sozialismus versus Kapitalismus* ab und ist durch folgende Aussagen repräsentiert: „es sollte eine obere Einkommensgrenze geben, damit niemand wesentlich mehr als die anderen verdient“, „Einkommensunterschiede sollten Schritt für Schritt reduziert werden“, „die Regierung trägt die Verantwortung dafür, daß niemand im Wohlstand lebt, solange andere noch arm sind“, „die Regierung ist verantwortlich dafür, daß jeder eine Arbeit findet“, „Konkurrenz ist oft destruktiv und führt zu Verschwendung“, „reiche Leute sollten einen höheren Beitrag zur Finanzierung von öffentlichen Projekten leisten als arme Leute“. ¹⁰

Der zweite Faktor steht für die formbezogene Konfliktdimension *Autoritarismus versus Liberalismus* und ist durch folgende Aussagen gekennzeichnet: „die einzige Möglichkeit zu verstehen, worum es in dieser komplizierten Welt geht, ist, sich auf Experten und Führungspersönlichkeiten zu verlassen, denen wir vertrauen“, „die meisten Entscheidungen sollten Experten überlassen werden“, „es wird immer notwendig sein, einige starke, fähige Leute zu haben, die tatsächlich alles managen“, „die Beteiligung der Bürger ist überflüssig, wenn die Entscheidungen einigen vertrauenswürdigen und kompetenten Führungskräften überlassen bleiben“. ¹¹

10 Grundlage ist eine vierstufige Ordinalskala: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“.

11 Wie man an unserer Aufstellung sehen kann, wurden nur die *items* zugleich in Bevölkerung und Eliten gefragt, die eine positive Haltung zu „Sozialismus“ und zu „Autoritarismus“ ausdrücken, nicht aber die Gegenstücke, die eine positive Haltung zu „Kapitalismus“ und „Liberalismus“ zum Ausdruck bringen. Die Polarität auf den Faktoren ist also

3.2 Repräsentationszonen

Abbildung 3 zeigt die gemittelten ideologischen Positionen der SPD- und der CDU-Anhänger sowie der Partieliten von SPD, CDU, FDP, Bündnisgrünen (B90) und PDS. Die Abbildung bezieht sich auf die nationale Ebene und stellt die Konstellationen für West- und Ostdeutschland separat dar.¹² Die x-Achse trägt die ideologische Position auf der zielbezogenen Konfliktdimension ab, mit der sozial-ökologischen Zielvorstellung auf dem negativen und der neo-liberalen Zielvorstellung auf dem positiven Pol. Die y-Achse trägt die ideologische Position auf der formbezogenen Konfliktdimension ab. Der negative Pol steht hier für die restriktive und der positive Pol für die expansive Demokratievorstellung.

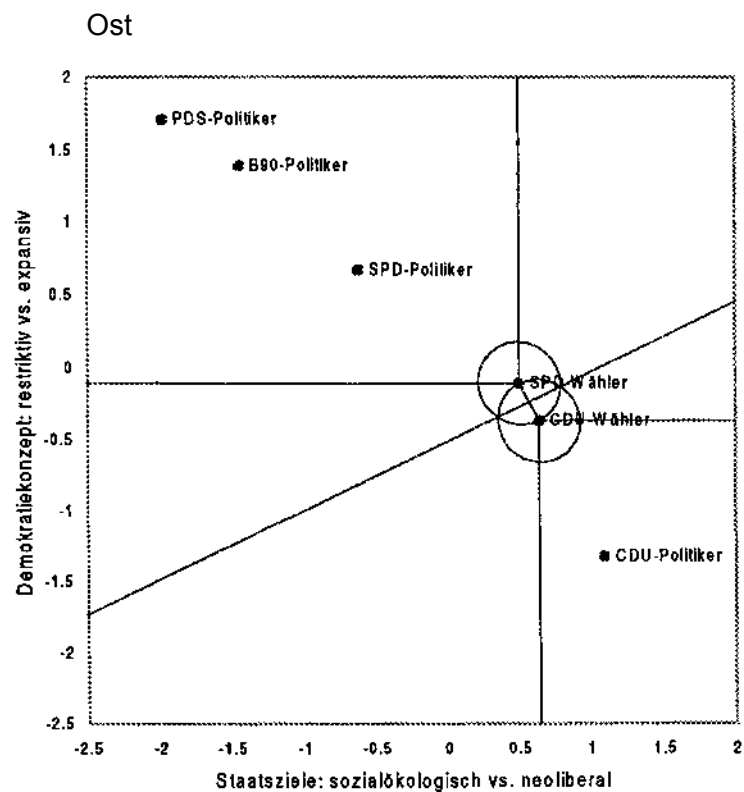
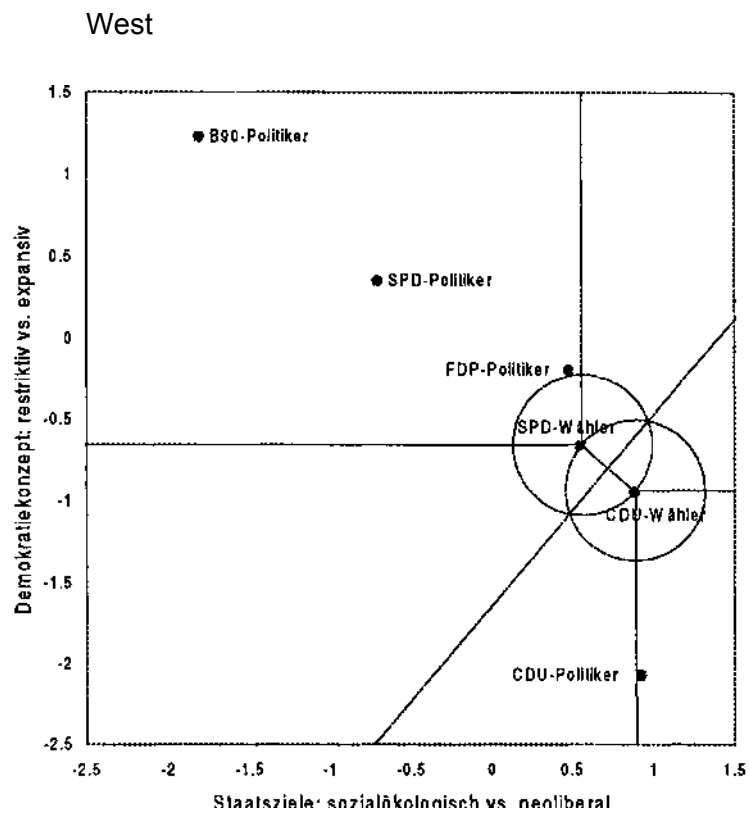
Wie zu erkennen ist, gleichen sich die Konstellationen in Ost- und Westdeutschland, von wenigen Unterschieden abgesehen. So ist die ostdeutsche gegenüber der westdeutschen Konstellation systematisch um etwa 0,2 Skalenpunkte in Richtung der sozial-ökologischen Politikziele und um etwa 0,5 Skalenpunkte in Richtung der expansiven Demokratieform verschoben. Außerdem sind SPD- und CDU-Wähler in Ostdeutschland weniger stark polarisiert. Schließlich gehört die FDP im Osten nicht in das Spektrum der relevanten Parteien, was im Westen für die PDS gilt.¹³

Bereits auf den ersten Blick ist zu erkennen, daß SPD und CDU weit außerhalb der Repräsentationszonen des Näherungsmodells liegen, wie sie durch die Kreise um die CDU- und SPD-Anhänger markiert sind. Allein die westdeutsche FDP liegt am Rande der Repräsentationszone der SPD-Anhänger. Dennoch genießt sie nicht die Präferenz der SPD-Anhänger. Als den SPD-Anhängern nächst liegende Partei müßte sie von diesen aber präferiert werden, wenn das Näherungsmodell stimmt. Auf der anderen Seite liegen SPD und CDU sehr wohl innerhalb der Repräsentationszonen des Richtungsmodells, wie sie durch die Rechtecke gekennzeichnet sind. Von daher spricht zunächst mehr für die Überlegenheit des Richtungsmodells. Wir wollen aber keine voreiligen Schlüsse ziehen. Würde das Richtungsmodell nämlich die Realität treffend beschreiben, müßten die westdeutschen SPD-Anhänger die Bündnisgrünen und die ostdeutschen SPD-Anhänger die PDS präferieren. Denn diese Parteien vertreten die spezifische

die zwischen Zustimmung und Ablehnung des „Sozialismus“ sowie zwischen Zustimmung und Ablehnung des „Autoritarismus“. Es scheint uns jedoch plausibel, die Ablehnung des „Sozialismus“ als Zustimmung zum „Kapitalismus“ und die Ablehnung des „Autoritarismus“ als Zustimmung zum „Liberalismus“ im Sinne Kitscheits (1992) zu lesen.

- 12 In der nationalen Betrachtung haben wir die Parteineigung der Wähler über deren primäre Parteisympathie operationalisiert, die der Eliten über ihre Parteimitgliedschaft. Auf der kommunalen Ebene ist es die Wahlabsicht der Wähler und die Parteimitgliedschaft der Eliten. Hier wie im folgenden sind die über die Parteigruppen arithmetisch gemittelten Werte auf den Präferenzskalen dargestellt. Angesichts der glockenförmigen Verteilungskurven sind die Mittelwerte als ein geeignetes Maß der „zentralen Tendenz“ in den einzelnen Gruppen zu betrachten.
- 13 Es waren jeweils weniger als zehn Personen, die innerhalb der ostdeutschen Elite Mitglieder der FDP und innerhalb der westdeutschen Elite Mitglieder der PDS waren.

Abbildung 3: Nationale Konfiguration



Richtungsabweichung der SPD-Anhänger, nämlich nach links (sozial-ökologische Politikziele) und nach oben (expansive Demokratieform), prononcierter als die SPD. Hiernach liefert das Richtungsmodell eine zutreffendere Bestimmung der Repräsentationszonen, wohingegen die Lage der präferierten Parteien *innerhalb* dieser Zonen eher mit dem Näherungsmodell übereinstimmt.

Abbildung 4 zeigt die entsprechende Konstellation auf kommunaler Ebene. Die ideologische Bedeutung der Achsen ist nun eine etwas andere. Die x-Achse trägt die zielbezogene Konfliktdimension ab, mit „sozialistischen“ Politikzielen auf dem linken und „kapitalistischen“ auf dem rechten Pol. Die y-Achse stellt die formbezogene Konfliktdimension dar, wobei die „libertäre“ Demokratieform auf dem unteren und die „autoritäre“ auf dem oberen Pol liegt (vgl. Abschnitt 3.1).

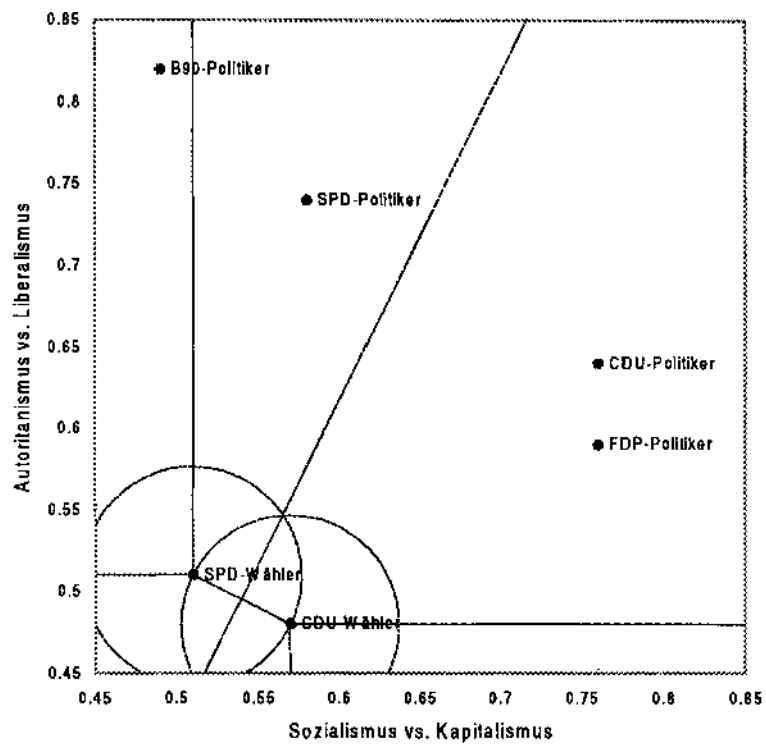
Es ist zu erkennen, daß die ostdeutsche gegenüber der westdeutschen Gesamtkonstellation in „sozialistischer“ und „autoritärer“ Richtung verschoben ist. Ansonsten gleichen sich die Konstellationen wiederum, abgesehen von den Positionen der FDP und der PDS. Wie schon auf nationaler Ebene liegen die Parteien auch auf kommunaler Ebene weit außerhalb der Repräsentationszonen des Näherungsmodells. Auf kommunaler Ebene befinden sie sich aber auch außerhalb der Repräsentationszonen des Richtungsmodells. Es gibt jeweils nur eine Partei, die in eine der Repräsentationszonen des Richtungsmodells fällt, nämlich in Westdeutschland die Bündnisgrünen und in Ostdeutschland die PDS. Beide befinden sich in der Repräsentationszone der SPD-Anhänger, werden von diesen aber gerade *nicht* präferiert. Auf kommunaler Ebene steht die Konstellation der ideologischen Positionen also weder mit dem Näherungs- noch mit dem Richtungsmodell in Einklang.

Bemerkenswerterweise liegen die Parteien einheitlich in derselben Richtung von ihren Anhängern versetzt. Geometrisch gesprochen sind die Parteieliten entlang des Lotes nach oben (weg vom populären „Sozialismus“) und rechts (weg vom populären „Autoritarismus“) von ihren Wählern verschoben. Diese Beobachtung läßt sich als eine generell elitentypische Überzeugungsverschiebung interpretieren, welche im vorliegenden Fall die Distanz der Eliten zu populären Positionen ausdrückt (vgl. Fn. 12). Dies wird von den Parteianhängern nicht negativ sanktioniert, weil durch die *Parallelität* der Verschiebung gewährleistet bleibt, daß die Parteien im gleichen ideologischen Verhältnis zueinander stehen wie ihre Wähleraggregate.

Von daher besteht eine gewisse Rechtfertigung, die Gesamtkonstellation um die Überzeugungsverschiebung der Eliten zu bereinigen. Dies läßt sich bewerkstelligen, indem man die Distanzen zwischen den CDU- und den SPD-Anhängern in beiden ideologischen Dimensionen auf den Mittelwert der Distanzen zwischen den CDU- und SPD-Eliten standardisiert. Das Resultat dieser Bereinigung ist in Abbildung 5 zu erkennen.

Abbildung 4: Kommunale Konfiguration

West



Ost

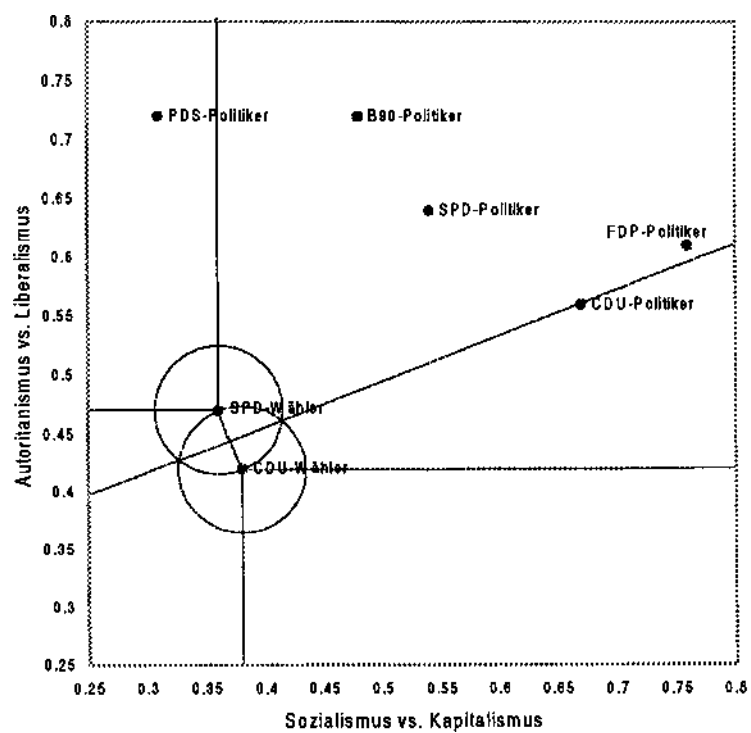
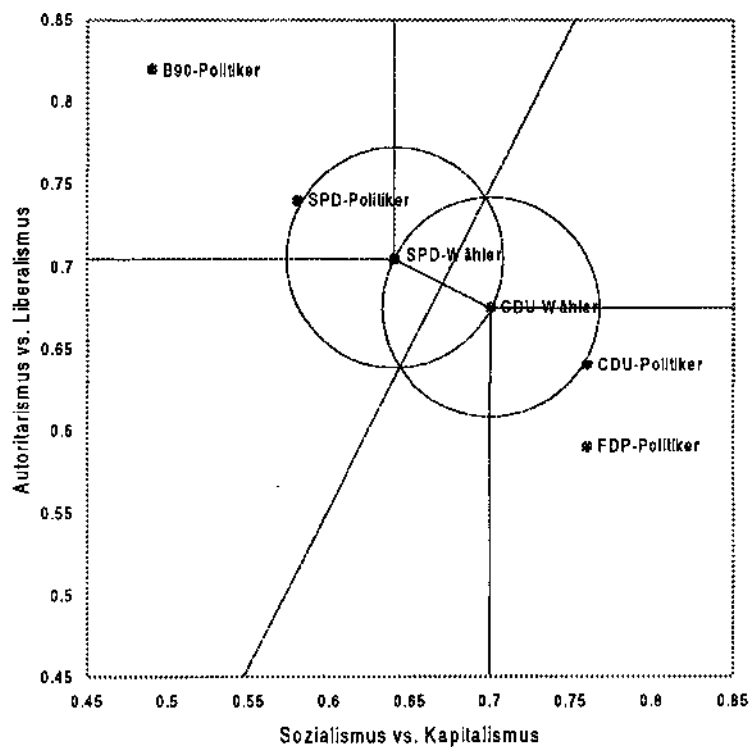
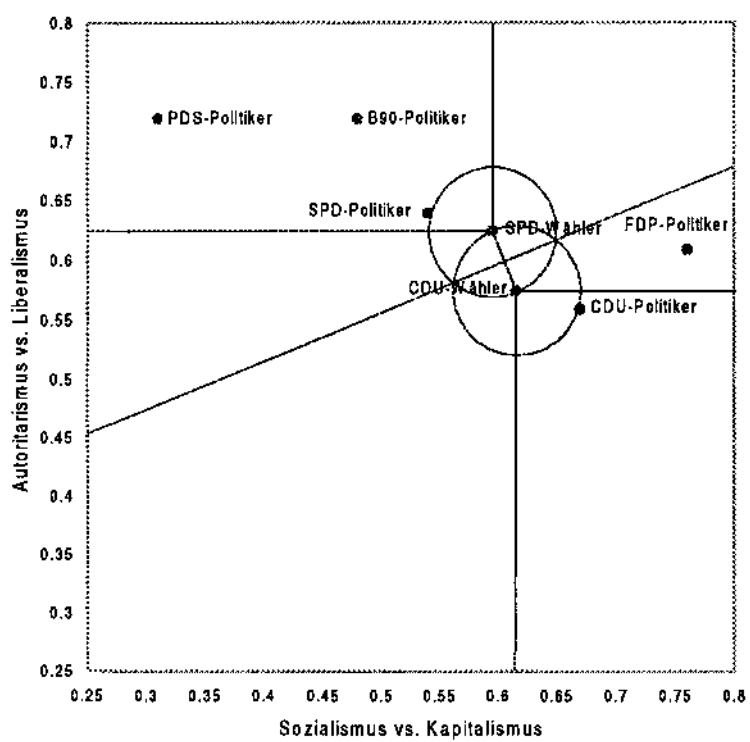


Abbildung 5: Kommunale Konfiguration (angepaßt)
West



Ost



Vergleichen wir Abbildung 5 mit Abbildung 3, so fällt auf, daß die kommunale der nationalen Konfiguration nun deutlich ähnlicher sieht. Im Falle Westdeutschlands liegen SPD und CDU jetzt innerhalb der Repräsentationszonen des Richtungsmodells und nur noch knapp außerhalb der Repräsentationszonen des Näherungsmodells. Für Ostdeutschland gilt das gleiche. Die Verhältnisse sprechen erneut eher für das Richtungsmodell, doch haben wir angesichts der Randlage zu den Repräsentationszonen des Näherungsmodells immer noch keine abschließende Klarheit in dieser Frage gewonnen.

Festzuhalten bleibt bislang, daß die Positionierung der Parteien zu ihren Wähleraggregaten eine klare Struktur aufweist: die Parteien liegen 1) *entlang oder parallel zur Basisdistanz* zwischen ihren Wähleraggregaten und dabei 2) *auf der gleichen Seite des Lotes* wie ihre Wähleraggregate. Auch wenn die Basisdistanz sehr klein ist, strukturieren Basisdistanz und Lot den Parteienwettbewerb. Wir wollen nun sehen, wie sich dieser Sachverhalt in der mathematischen Modellprüfung widerspiegelt.

3.3 Nutzenfunktionen

Im Fuß von Tabelle 1 ist nochmals die allgemeine Formel für die Berechnung des Näherungsnutzens eingetragen, der aus der Präferenz für eine bestimmte Partei erwächst. Die Formel spezifiziert ein reines Näherungsmodell, das weder Vorzeichenwechsel noch Proportionalitäten im Sinne der Wählerstärke von Parteien berücksichtigt. Nach der Formel steigt der Näherungsnutzen der Wähler W_i zur Wahl der Partei P_i , je kleiner ihre Distanz zu P_i (Repräsentationsdistanz) im Verhältnis zur Basisdistanz $W_i W_j$, zu den Überkreuzdistanzen $W_i P_j$ und $W_j P_i$ sowie zur Parteiendistanz $P_i P_j$ ist. Nach dieser Formel lassen sich Näherungsnutzen paarweise vergleichen. Wir können also beispielsweise ermitteln, ob für die SPD-Anhänger die tatsächliche Parteipräferenz einen höheren Näherungsnutzen ergibt als eine Präferenz für CDU, Bündnisgrüne oder FDP.

In der als „Modell 1“ bezeichneten Spalte sehen wir die Resultate für das reine Näherungsmodell, berechnet für die nationale Ebene in Westdeutschland.¹⁴ Die oberen sechs Zeilen zeigen die je paarweisen Näherungsnutzen der SPD-Anhänger, die unteren sechs Zeilen diejenigen für die CDU-Anhänger. Für die SPD-Anhänger kommt unsere Berechnung zu dem Ergebnis, daß sie einen vielfach höheren Näherungsnutzen erzielen würden, wenn sie statt der SPD die FDP präferierten. Das „reine“ Näherungsmodell bietet somit keine realitätskonforme Erklärung für die Parteipräferenz der SPD-Anhänger. Das gleiche gilt für die CDU-Anhänger, bei denen das Nutzendifferential zwischen CDU- und FDP-Präferenz Null beträgt. Das reine

14 Aus Raumgründen berichten wir im folgenden allein die Resultate für Westdeutschland. Hierdurch geht nur wenig Information verloren, weil die ostdeutschen Konstellationen keine anderen Schlußfolgerungen nahelegen.

Näherungsmodell kann folglich nicht erklären, warum die Parteipräferenz der CDU-Anhänger bei der CDU liegt.

Tabelle 1: Näherungsmodelle (nationale Ebene, West)

Näherungsnutzen im paarweisen Vergleich ¹									
		Modell 1 („rein“)		Modell 2 (Vorzeichenwechsel) ²		Modell 3 (Proportionalität) ³		Modell 4 (Vorzeichenwechsel, Proportionalität)	
Anhänger der:	Ange- nommene Wahl der:	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?
SPD	SPD	1,16		+1,16		1,16		+1,16	Ja
“	CDU	0,80	Ja	- 0,80	Ja	0,80	Ja	-0,80	
“	SPD	0,95		+0,95		0,95		+0,95	
“	B90	0,39	Ja	+0,39	Ja	0,10	Ja	-0,10	Ja
“	SPD	0,55		+0,55		0,55		+0,55	
“	FDP	3,19	Nein	+3,19	Nein	0,80	Nein	+0,80	Nein*
CDU	CDU	2,33		+2,33		2,33		+2,33	Ja
“	SPD	0,76	Ja	-0,76	Ja	0,76	Ja	-0,76	
“	CDU	1,27	Nein	+1,27		1,27		+1,27	
“	FDP	1,27	1,27	-	Ja	0,32	Ja	-0,32	Ja
“	CDU	3,45		+3,45		3,45		+3,45	
“	B90	0,62	Ja	-0,62	Ja	0,16	Ja	-0,16	Ja

1 Berechnungsformel des „reinen“ Modells:
$$NN_{wi} = \sum_{k=1}^n \frac{(Wi_k - Wj_k) + (Wi_k - Pj_k) + (Wj_k - Pi_k) + (Pi_k - Pj_k)}{|Wi_k - Pi_k|}$$

Berechnung siehe Tabelle A des Anhangs.

2 Vorzeichenwechsel entsprechend „Lotbedingung“, wie im Text erläutert.

3 Proportionalitätsfaktor für FDP und B90: 0,25.

* Ja, ab Proportionalitätsfaktor 0,15 und tiefer.

In Modell 2 haben wir einen Richtungseffekt in das Näherungsmodell eingebaut, und zwar in der Weise, daß das Vorzeichen des Nutzenbetrags vom Positiven ins Negative wechselt, wenn die zu wählende Partei sich auf der anderen Seite des Lotes befindet als ihre Wähler. Die Berücksichtigung des Lotkriteriums führt dazu, daß die CDU-Anhänger aus der FDP-Präferenz nun keinen höheren Nutzen mehr ziehen würden als bei ihrer tatsächlichen Präferenz für die CDU. Denn die FDP befindet sich auf der anderen Seite des Lotes als die CDU-Anhänger, wodurch der aus der FDP-Präferenz zu ziehende Nutzen negativ wird. Im Falle der SPD-Anhänger bleibt allerdings auch in Modell 2 die Eigentümlichkeit erhalten, daß sie aus einer FDP-Präferenz einen höheren Näherungsnutzen ziehen würden als aus ihrer tatsächlichen Prä-

ferenz. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die FDP auf der gleichen Lotseite liegt wie die SPD-Anhänger.

Dieser Modellfehler könnte jedoch durch Berücksichtigung der Wählerstärke der kleinen Parteien korrigiert werden. Bündnisgrüne und FDP sind hinsichtlich ihrer Wählerstärke gegenüber den beiden Volksparteien um ein Vielfaches kleiner, und es ist nur plausibel anzunehmen, daß dies für die Nutzenerwartung der Wähler folgenreich ist. Gemäß der Wert-Erwartungs-Theorie (vgl. Abschnitt 2.2) kann man die Nutzenerwartung nämlich als das Produkt aus der Stärke der Präferenz für eine Partei und der Erwartung formulieren, daß diese Präferenz sich auch durchsetzen kann. In diese Erwartung fließt sicherlich die eingeschätzte Wählerstärke ein. Da diese bei den kleinen Parteien um ein Vielfaches geringer ausfällt, sollte man sie mit einem Faktor multiplizieren, der ihre ungefähre Proportion zu den großen Parteien ausdrückt. Wir gehen davon aus, daß die kleineren Parteien in der Regel unter einem Viertel der Stimmen der großen Parteien erringen. Der für die Präferenz für eine kleine Partei berechnete Nutzen wird deshalb mit dem Faktor 0,25 multipliziert (vgl. Fn. 8). Aus diesem Verfahren ergeben sich die unter Modell 3 ausgewiesenen Ergebnisse. Modell 4 wiederum berücksichtigt beide Variationen am reinen Näherungsmodell, das heißt, hier ist sowohl der Vorzeichenwechsel als auch die Proportionalität Bestandteil der Berechnung.

Weder Modell 3 noch Modell 4 bringen eine Verbesserung gegenüber Modell 2, denn nach wie vor ist der Nutzen für die SPD-Anhänger größer, wenn sie statt der SPD die FDP präferieren würden. Dies kann darauf zurückzuführen sein, daß wir den Proportionalitätsfaktor zu klein geschätzt haben. Ab einem Faktor von 0,15 und weniger fällt nämlich auch der Nutzen für die FDP-Präferenz unter den der SPD-Präferenz. Ein Proportionalitätsfaktor 0,15 entspräche einer Größenordnung der SPD von 30 Prozent und der FDP von 5 Prozent. Zur Begründung eines so kleinen Proportionalitätsfaktors ist anzuführen, daß die FDP als Koalitionspartner der CDU wahrgenommen wird. Damit ist sie ausgerechnet der Juniorpartner der Großpartei, die sich aus Sicht der SPD-Anhänger auf der falschen Seite des Lots befindet. Dies mag die Nutzenerwartung der SPD-Anhänger bei Wahl der FDP um ein zusätzliches verringern und deshalb die Multiplikation des Nutzenbetrags mit einem Faktor von 0,15 oder kleiner rechtfertigen.

Tabelle 2 zeigt die entsprechenden Resultate für die kommunale Ebene. Hier sind es allein die CDU-Anhänger, bei denen das reine Näherungsmodell nicht stimmt. Denn aus einer Präferenz für SPD oder FDP würden die CDU-Anhänger einen höheren Nutzen ziehen als aus ihrer tatsächlichen Präferenz. Allerdings werden diese Modellfehler durch die modifizierten Modellvarianten korrigiert. Die Berücksichtigung des Lotkriteriums korrigiert den Fehler in bezug auf die SPD (sie liegt nämlich auf der falschen Seite des Lotes), und die Berücksichtigung des Proportionalitätsfaktors (0,25) korrigiert den Fehler in bezug auf die FDP. Modell 4, also das um den Richtungs- und Proportionalitätseffekt angereicherte Näherungsmodell, bildet die Realität adäquat ab.

Tabelle 2: Näherungsmodelle (kommunale Ebene, West)

Näherungsnutzen im paarweisen Vergleich									
		Modell 1 („rein“)		Modell 2 (Vorzeichenwechsel)		Modell 3 (Proportionalität)		Modell 4 (Vorzeichenwechsel, Proportionalität)	
Anhänger- der:	Ange- nommene Wahl der:	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?	Nutzen- betrag	Realitäts- konform?
SPD	SPD	0,85		+0,85		0,85 Ja		-	Ja
“	CDU	0,62	Ja	-0,62		0,62	+0,85 Ja	0,62	
“	SPD	0,67		+0,67		0,67 Ja		+0,67 Ja	
“	B90	0,58	Ja	+0,58		0,15		+0,15	Ja
“	SPD	0,96		+0,96		0,96		+0,96	
“	FDP	0,84	Ja	+0,84	Ja	0,21	Ja	-0,21	Ja
CDU	CDU	0,70		+0,70		0,70		+0,70	Ja
“	SPD	1,04	Nein	-1,04	Ja	1,04	Nein	-1,04	
“	CDU	0,50		+0,50		0,50		+1,02	
“	FDP	0,63	Nein	-0,63	Nein	0,16	Ja	+0,16	Ja
“	CDU	0,94		+0,94		0,94		+0,94	
“	B90	0,72	Ja	-0,72	Ja	0,18	Ja	-0,18	Ja

Siehe Fußnoten zu Tabelle 1.

Tabelle 3 zeigt die Resultate für die verschiedenen Richtungsmodelle auf nationaler Ebene. Die Formel für die Richtungsmodelle ist so konzipiert, daß sie nicht zu je paarweisen Vergleichen zwingt. Statt dessen können für die Anhängerschaften von SPD und CDU die Richtungsnutzen zu allen Parteien simultan betrachtet werden. Modell 1 ist das reine Richtungsmodell, berechnet nach der Formel im Tabellenfuß.

Auf der nationalen Ebene zeigt das reine Richtungsmodell nur einen Modellfehler: Im Falle der SPD-Anhänger ist es nicht realitätskonform, weil diese einen höheren Nutzen hätten, wenn sie die Bündnisgrünen präferieren würden. Dieser Modellfehler wird korrigiert, wenn wir den Nutzen aus der Präferenz für die Grünen mit dem Proportionalitätsfaktor 0,25 multiplizieren, wie in Modell 2 geschehen. In Modell 3 ist der Richtungseffekt insofern verändert worden, als der Vorzeichenwechsel nicht mehr an den ursprünglich rechteckigen Repräsentationszonen orientiert ist, sondern auf das Lotkriterium umgestellt wurde. Dies führt jedoch zu keinem anders laufenden Vorzeichenwechsel. Hinreichend für die Korrektur des Modellfehlers in der nationalen Konfiguration ist somit der Proportionalitätsfaktor.

Tabelle 3: Richtungsmodelle (nationale Ebene, West)

		Richtungsnutzen ¹			
		Vorzeichenwechsel gemäß „Rechteckbedingung“ ²		Vorzeichenwechsel gemäß „Lotbedingung“ ³	
Anhänger der:	Angenommene Wahl der:	Modell 1 („rein“)	Modell 2 (Proportionalität) ⁴	Modell 3	Modell 4 (Proportionalität) ⁴
SPD	SPD	+2,32	+2,32	+2,32	+2,32
“	CDU	-1,53	-1,53	-1,53	-1,53
„	B90	+4,34	+1,09	+4,34	+1,09
„	FDP	+1,21	+0,30	+0,45	+0,11
	Realitätskonform?	Nein	Ja	Nein	Ja
CDU	CDU	+0,90	+0,90	+0,90	+0,90
„	SPD	-1,98	-1,98	-2,94	-2,94
„	FDP	-1,07	-0,27	-1,07	-0,27
„	B90	-4,97	-1,24	-4,97	-1,24
	Realitätskonform?	Ja	Ja	Ja	Ja

- 1 Berechnungsformel des „reinen“ Modells:
$$RN_{wi} = \sum_{k=1}^n +/- |wi_k - pi_k| * \frac{|wi_k - wj_k|}{\sum_{k=1}^n |wi - wj|}$$

Berechnung siehe Tabelle A des Anhangs.

- 2 Negatives Vorzeichen, wenn Partei außerhalb der rechteckigen Repräsentationszone nach dem ursprünglichen Richtungsmodell.
 3 Negatives Vorzeichen, wenn Partei auf der anderen Seite des Lotes als Wähler.
 4 Proportionalitätsfaktor für B90 und FDP 0,25.

Tabelle 4 zeigt die Resultate der Richtungsmodelle auf kommunaler Ebene. Hier verfehlt das reine Richtungsmodell wiederum das Nutzenkalkül der SPD-Anhänger, denn nicht nur ist der Nutzen aus der SPD-Präferenz negativ, sondern wiederum wäre der aus der Präferenz für die Bündnisgrünen resultierende Nutzen größer. Der Modellfehler läßt sich diesmal aber nicht durch den Proportionalitätsfaktor, sondern durch die Umstellung des Vorzeichenwechsels auf das Lotkriterium korrigieren. Erst dadurch wird der Nutzen aus der SPD-Präferenz überhaupt positiv, was daran liegt, daß die SPD nicht in der rechteckigen Repräsentationszone des ursprünglichen Richtungsmodells, aber auf der richtigen Seite des Lotes liegt. Somit gilt auch für die Richtungsmodelle, daß eine maximale Realitätsanpassung nur durch gleichzeitige Berücksichtigung des Propotionalitätsfaktors und des Lotkriteriums erreicht wird.

Tabelle 4: Richtungsmodelle (kommunale Ebene, West)

		Richtungsnutzen			
		Vorzeichenwechsel gemäß „Rechteckbedingung“		Vorzeichenwechsel gemäß „Lotbedingung“	
Anhänger der:	Angenommene Wahl der:	Modell 1 („rein“)	Modell 2 (Proportionalität) ⁴	Modell 3	Modell 4 (Proportionalität) ⁴
SPD	SPD	-0,02	-0,02	+0,26	+0,26
„	CDU	-0,43	-0,43	-0,57	-0,57
“	B90	+0,20	+0,05	+0,20	+0,05
“	FDP	-0,46	-0,12	-0,54	-0,14
	Realitätskonform?	Nein	Nein	Ja	Ja
CDU	CDU	+0,29	+0,29	+0,47	+0,47
“	SPD	-0,11	-0,11	-0,15	-0,15
“	B90	-0,34	-0,09	-0,34	-0,09
“	FDP	+0,03	+0,01	+0,14	+0,04
	Realitätskonform?	Ja	Ja	Ja	Ja

Siehe Fußnoten zu Tabelle 3.

Tabelle 5: Korrekte und falsche Vorhersagen (N) von Näherungs- und Richtungsmodellen West

Modellergebnis	Distanzmodelle		Richtungsmodelle	
	„Rein“	Angereichert	„Rein“	Angereichert
Korrekt	8	12	10	12
Falsch	4	0	2	0
Fehlerquote	0,33	0	0,15	0

Einen abschließenden Überblick über das Abschneiden der verschiedenen Modellvarianten gibt Tabelle 5. Das reine Richtungsmodell schneidet mit nur 2 gegenüber 4 Modellfehlern im reinen Näherungsmodell zwar besser ab.¹⁵ Doch läßt sich für beide Modelle eine vollständige Realitätsanpassung herstellen. Für beide Modelle ist das durch Hinzunahme des Proportionalitätsfaktors für die Parteienstärke und des Lotkriteriums für den Vorzeichenwechsel zu erreichen.

15 Um eine vergleichbare Zählung zu haben, wurden die Richtungsmodelle wie die Näherungsmodelle paarweise gezählt.

Angemerkt sei allerdings, daß wir im Falle des Näherungsmodells durch Herabsetzung des Proportionalitätsfaktors von 0,25 auf 0,15 eine zusätzliche Manipulation durchführen mußten, um alle Modellfehler zu korrigieren. Das Richtungsmodell hat also nicht nur die bessere Ausgangsperformanz, wenn man die reinen Modelle vergleicht, sondern es benötigt auch weniger Modifikationen, um eine vollständige Realitätsanpassung zu erzielen. Hinzu kommt, daß in den angereicherten Modellen die Nutzendifferentiale deutlich stärker zugunsten der tatsächlich präferierten Parteien ausfallen, wenn das Richtungsmodell Gegenstand der Anreicherung ist. Trotz fehlender letzter Gewißheit spricht somit insgesamt mehr für das Richtungs- als für das Näherungsmodell. Das gilt allein schon für den optischen Eindruck, nach dem die Parteien eher wie Zentrifugalkräfte von den ideologischen Positionen ihrer Wähleraggregate wegziehen als von diesen wie von Gravitationszentren angezogen zu werden. Zwar ist ein Polarisierungstrieb der Parteien auch nach dem Näherungsmodell zu erwarten; er sollte aber nicht stärker, sondern schwächer sein als die Drift zu den eigenen Wählern. Um mit Przeworski und Sprague (1986) zu sprechen, könnte die Dominanz des Richtungsmoments ein Ausdruck der Mobilisierungsfunktion von Parteien sein.

Schlußbemerkungen

Wir haben in unserem Beitrag versucht, den in der Wahlforschung herrschenden Theorienstreit zwischen Näherungs- und Richtungsmodellen auf die Problemperspektive politischer Repräsentation umzumünzen. In dieser Perspektive wird das Wechselverhältnis zwischen den ideologischen Positionen der Parteien und ihrer Wähleraggregate auf der Systemebene problematisiert. Als Analyseeinheiten dienen deshalb nicht individuelle Präferenzen, sondern kollektiv aggregierte Präferenzen im Sinne der Mehrheitspositionen der Parteien (Angebotsseite) und der Wähleraggregate (Nachfrageseite). Zentrale Frage ist dabei, nach welcher *kollektiven* Rationalität sich Parteien zu ihren Wähleraggregaten positionieren und ob diese Systemlogik eher den Erwartungen des Näherungs- oder des Richtungsmodells entspricht.

Unsere Befunde favorisieren sicherlich das Richtungsmodell. Wichtiger ist aber die Feststellung, daß keines der beiden konträren Modelle in Reinform funktioniert und daß beide Modelle bis zu vollständiger Realitätsentsprechung verbessert werden können, wenn sie um zusätzliche Elemente angereichert werden. In diesem Zusammenhang haben wir eine wesentliche geometrische Regelmäßigkeit entdeckt: Die Parteien ordnen sich entlang der Basisdistanz zwischen den Wähleraggregaten oder zumindest parallel zu ihr an und bleiben dabei auf der gleichen Seite des auf die Basisdistanz gefällten Lotes wie ihre Wähleraggregate. Dabei *fungieren Basisdistanz und Lot auch bei geringer ideologischer Differenzierung der Wählerschaft als die wesentlichen Strukturierungselemente des Parteienwettbewerbs*. Es ist ein eminenter Vorzug des Lotkriteriums, daß es die eindeutige Bestimmung von Repräsentationszonen aus der empirischen Konstellation selbst heraus erlaubt. Grundlage hierzu ist die empirisch jeweils vorgefundene Basisdistanz.

Repräsentationstheoretisch halten wir es für durchaus gerechtfertigt, der Basisdistanz eine konzeptuell so wichtige Rolle zu geben. Denn die Basisdistanz ist nichts anderes als die ideologische Spannungslinie zwischen den Wähleraggregaten und sollte deshalb auch als dasjenige „Objekt“ dienen, um dessen Repräsentation es im Parteienwettbewerb geht.

Weitere Modellfehler, die auch nach Berücksichtigung des „Lotkriteriums“ noch bestehen, verschwinden, wenn man die Proportionalität der kleineren Parteien berücksichtigt. Modifiziert nach „Lotkriterium“ und „Proportionalitätsfaktor“ funktionieren sowohl das Näherungs- als auch das Richtungsmodell.

Wir folgern aus unseren Analysen, daß die bisherige Debatte zu sehr unter der Ägide wechselseitiger Ausschließlichkeit geführt wurde anstatt nach der sinnvollen Verknüpfung von Theorieelementen zu suchen (vgl. die Ausnahmen Iversen 1994a, b; Merrill und Grofman 1997; Morris und Rabinowitz 1997). In diesem Zusammenhang sehen wir unseren Beitrag darin, daß wir objektive Kriterien für Repräsentationsgrenzen gewonnen haben, die eine Spezifizierung aus der empirisch jeweils vorgefundenen Konstellation erlauben.

Literatur

- Cusack, Thomas R., 1997: Social Capital, Institutional Structures, and Democratic Performance: A Comparative Study of German Local Governments, WZB-Discussion Paper FS III 97-201.
- Cusack, Thomas R./Bernhard Weßels, 1996: Problemreich und konfliktgeladen: Lokale Demokratie in Deutschland fünf Jahre nach der Vereinigung, WZB-Discussion Paper FS III 96-202.
- Dalton, Russell J., 1985: "Politica! Parties and Political Representation: Party Supporters and Party Elites in Nine Nations", *Comparative Political Studies*, 18, S. 267-299.
- Downs, Anthony, 1957: *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper & Row.
- Evans, Geoffrey/Stephen Whitefield, 1993: "Identifying the Bases of Party Competition in Eastern Europe", *British Journal of Political Science*, 23, S. 521-548.
- Fuchs, Dieter/Hans-Dieter Klingemann, 1990: 'The Left-Right Scheme', in: M. Kent Jennings/Jan W. van Deth, (Hrsg.), *Continuities in Political Action*, Berlin: de Gruyter, S. 203-234.
- Heath, Anthony/ Geoffrey Evans/Jean Martin, 1993: 'The Measurement of Core Beliefs and Values: The Development of Balanced Socialist/Laissez Faire and Libertarian/Authoritarian Scales', *British Journal of Political Science*, 24, S. 115-132,
- Hoffmann-Lange, Ursula, 1991: „Kongruenzen in den politischen Einstellungen von Eliten und Bevölkerung als Indikator für politische Repräsentation", in: Hans-Dieter Klingemann/Richard Stoß/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Politische Klasse und politische Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 238-261.
- Holmberg, Sören, 1991: "Political Representation in Sweden", in: Hans-Dieter Klingemann/Richard Stoß/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Politische Klasse und politische Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 290-324.
- Hotelling, Harold, 1929: "Stability in Competition", *Economic Journal*, 39, S. 41-57.
- Huber, John D./G. Bingham Powell, 1994: "Congruence between Citizens and Policymakers in Two Visions of Liberal Democracy", *World Politics*, 46, S. 291-326.
- Iversen, Torben, 1994a: 'The Logics of Electoral Politics: Spatial, Directional, and Mobilizational Effects', *Comparative Political Studies*, 27, S. 196-210.
- Iversen, Torben, 1994b: "Political Leadership and Representation in Western European Democracies", *American Journal of Political Science*, 38, S. 46-74.
- Kitschelt, Herbert, 1992: 'The Formation of Party Systems in East Central Europe', *Politics and Society*, 20, S. 7-50.
- Klingemann, Hans-Dieter/Richard Hofferbert/Ian Budge, 1994: *Parties, Policies, and Democracy*, Boulder/CO: Westview Press.

- Krämer, Jürgen/Hans Rattinger, 1997: 'The Proximity and the Directional Theories of Issue Voting: Comparative Results for the USA and Germany', *European Journal of Political Research*, 32, S. 1-29. Lewis, Jeffrey B./Gary King, 1998: *No Evidence on Directional versus Proximity Voting*, forthcoming. Listhaug, Ola/Stuart Elaine Macdonald/George Rabinowitz, 1990: "A Comparative Spatial Analysis of European Party Systems", *Scandinavian Political Studies*, 13, S. 327-354. Listhaug, Ola/Stuart Elaine Macdonald/George Rabinowitz, 1991: "Ideology and Political Support in Comparative Perspective", *European Journal of Political Science*, 25, S. 111-149. Macdonald, Stuart Elaine/George Rabinowitz, 1993: "Direction and Uncertainty in a Model of Issue Voting", *Journal of Theoretical Politics*, 5, S. 61-87. Macdonald, Stuart Elaine/George Rabinowitz, 1997: "Comment", *Journal of Theoretical Politics*, 9, S. 49-56. Macdonald, Stuart Elaine/George Rabinowitz/Ola Listhaug, 1995: "Political Sophistication and Models of Issue Voting", *British Journal of Political Science*, 25, S. 453-483. Macdonald, Stuart Elaine/George Rabinowitz/Ola Listhaug, 1991: "Issues and Party Support in Multiparty Systems", *American Journal of Political Science*, 85, S. 1107-1131. Machatzke, Jörg, 1997: „Die Potsdamer Elitestudie: Positionsauswahl und Ausschöpfung", in: Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf et al. (Hrsg.) *Eliten in Deutschland*, Opladen: Leske und Budrich, S. 35-68. Merrill, Samuel, 1995: "Discriminating between the Direction and Proximity Models of Voter Utility and Choice: A New Synthesis and an Illustrative Test of Competing Models", *Journal of Theoretical Politics*, 9, S. 25-48. Merrill, Samuel/Bernard Grofman, 1997: "Directional and Proximity Models of Voter Utility and Choice", *Journal of Theoretical Politics*, 9, S. 25-48. Morris, Irwin L./George Rabinowitz, 1997: "On the Coexistence of Directional and Proximity Voters", *Journal of Theoretical Politics*, 9, S. 75-88. Opp, Karl-Dieter, 1986: "Soft Incentives and Collective Action: Participation in the Anti-Nuclear Movement", *British Journal of Political Science*, 16, S. 87-112. Pierce, Roy, 1997: "Directional versus Proximity Models", *Journal of Theoretical Politics*, 9, S. 61-74. Przeworski, Adam/J. Sprague, 1986: *Paper Stones: A History of Electoral Socialism*, Chicago: Chicago University Press. Rabinowitz, George/Stuart Elaine Macdonald, 1989: "A Directional Theory of Voting", *American Political Science Review*, 83, S. 93-121. Rabinowitz, George/Stuart Elaine Macdonald/Ola Listhaug, 1991: "New Player in an Old Game: Party Strategy in Multiparty Systems", *Comparative Political Studies*, 4, S. 147-185.

- Welzel, Christian, 1997: *Demokratischer Elitenwandel: Die Erneuerung der ostdeutschen Elite aus demokratie-soziologischer Sicht*, Opladen: Leske und Budrich.
- Welzel, Christian, 1998: „Vom Konsens zum Dissens? Politische Ordnungspräferenzen von Eliten und Bürgern im ost-westdeutschen Vergleich“, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 50, S. 238-262.
- Weßels, Bernhard, 1991: „Abgeordnete und Bürger: Parteien und Wahlkreiskommunikation als Faktoren politischer Repräsentation“, in: Hans-Dieter Klingemann/Richard Stoß/Bernhard Weßels (Hrsg.), *Politische Klasse und politische Institutionen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 325-356.
- Westholm, Anders, 1997: "Distance versus Direction: The Illusory Defeat of the Proximity Theory of Electoral Choice", *American Political Science Review*, 91, S. 865-885.

Anhang

Tabelle A: Arithmetisch gemittelte Positionen auf den ideologischen Präferenzskalen (*factorscores*)

	Nationale Ebene (West)		Kommunale Ebene (West)	
	Sozialökologische vs. neoliberale Staatsziele	Restriktives vs. expansives Demokratiekonzept ⁺	Starker vs. schwacher Sozialismus	Starker vs. starker Autoritarismus
SPD-Anhänger	0,55	-0,66	0,51	0,51
CDU-Anhänger	0,88	-0,94	0,57	0,48
SPD-Politiker	-0,71	0,35	0,58	0,74
CDU-Politiker	0,88	-2,07	0,76	0,64
FDP-Politiker	0,48	-0,20	0,76	0,59
B90-Politiker	-1,81	1,23	0,49	0,82

Datenbasis: Potsdamer Elitenstudie und Bevölkerungsumfrage 1995; Democracy and Local Governance 1995.

